Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 30 | April 1980 | 0,80 DM/Laden 1,00 DM

Keine Entspannungsillusionen!
Sieg der Roten Armee in Afghanistan!
Ein neuer Kalter Krieg?

Mit seinem „Bericht zur Lage der Nation“ am 23. Januar hat Carter offen mit militärischem Eingreifen gegen die Sowjetunion im Persischen Golf gedroht. Carter mag seine Rolle genießen, als großmäuliger Kalter Krieger aufzutreten, die Sowjetunion wegen Afghanistan zu geißeln und auf den Dritten Weltkrieg zuzusteuern. Aber den Russen reicht's. Sie haben die Schnauze voll.

Sie haben genug von den direkten militärischen Drohungen durch die Carter-Doktrin, von dem Aufbau militärischer „Einrichtungen“ und Basen überall entlang ihrer unstabilen Grenze. Genug von der nuklearen Aufrüstung der NATO, der „Modernisierung“ des chinesischen Waffenarsenals. Und dann Carters diplomatischer Blitzkrieg: Getreideboykott, offizieller Olympia-Boykott, Exportverbote und Einfrierung der kulturellen Beziehungen.

Die Russen lassen sich nicht einschüchtern. Die imperialistische Farce einer „Neutralisierung“ Afghanistans haben sie erst einmal zurückgewiesen. Gegenwärtig organisieren sie eine Großoffensive gegen die reaktionären Stammeskrieger, die am 3. Februar Brzezinski am Khaiber-Paß hochleben ließen. Die Mullahs wissen, woher ihre Waffen kommen. Als Revolutionäre stehen wir in diesem Krieg auf der anderen Seite der Barrikade. Wir sagen „Sieg der Roten Armee!“, und wir verteidigen die Sowjetunion gegen den Imperialismus (siehe auch unseren Artikel in der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 29 Februar 1980). Die Tatsache, daß die USA auf eine nukleare Konfrontation mit den Russen zusteuern, bedroht direkt die Existenz der Sowjetunion. Aber der Kriegskurs wurde bereits vor der Invasion in Afghanistan festgelegt, und die Spieler, auf die es in diesem möglichen Endspiel ankommt, wissen dies sehr genau. Carters Kalter Krieg könnte in Blitzesschnelle zu einem heißen Krieg werden.

Ohne politische Entschuldigungen bezüglich Afghanistans, ohne diplomatische Tricks oder Friedenstrara hat Leonid Breschnew auf die Stolperdrähte hingewiesen, die einen Atomkrieg auslösen könnten: China und Westeuropa. Vor kurzem berichtete die britische *Daily Mail* über ein Treffen zwischen Breschnew und dem Präsidenten der französischen Nationalversammlung, dem gaullistischen Abgeordneten Chaban-Delmas. Breschnew schlug wiederholt auf



Carters Mann Brzezinski am Khaiber-Paß

den Tisch, als er warnte: „Glauben Sie mir, nach der Zerstörung der chinesischen Nuklearbasen durch unsere Raketen wird den Amerikanern nicht mehr viel Zeit bleiben, sich zwischen der Verteidigung ihrer chinesischen Verbündeten und der friedlichen Koexistenz mit uns zu entscheiden“ *(New York Times,* 30. Januar). Wir glauben ihm. Alt und krank, aber nicht verrückt, stellte Breschnew in seiner von stürmischen Gesten begleiteten Erklärung ein plausibles Ultimatum.

Die Sowjetunion würde eine nukleare Bewaffnung Chinas durch die Vereinigten Staaten „nicht tolerieren“. Wie könnte sie auch? Bereits 1978 sagte Breschnew, daß das „Ausspielen der chinesischen Karte“ eine „kurzsichtige und gefährliche Politik“ ist, die die USA bedauern würden. Während der fehlgeschlagenen chinesischen Invasion Vietnams wurde nicht nur offensichtlich, daß die antisowjetische Allianz USA-China mit vietnamesischem Blut besiegelt wurde, sondern auch, daß die Russen unter Umständen die chinesischen Raketen hätten ausschalten müssen. Für die Russen ist das

Rhodesien: Wahl entscheidet nichts

Die fast drei Millionen Schwarzen, die Ende Februar in Rhodesien an die Wahlurnen gingen, demonstrierten ihren erbitterten Haß gegen das Regime der weißen „Herrenrasse". Deren schwarze Marionette, Abel Muzorewa, erlitt eine völlige Niederlage. Joshua Nkomos Unterstützung reichte nicht über Matabeleland hinaus. Der große Sieger ist der „Marxist" Robert Mugabe, der unerwartet 57 der 80 für die Schwarzen bestimmten Parlamentssitze errang.

Die schwarzen Massen haben Mugabe jedoch nicht gewählt, um eine neokoloniale Lösung im Sinne der britischen Imperialisten beschert zu bekommen. Aber genau das tut er. „Nach dem Mugabe-Schock" schreibt die großbürgerliche *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (10. März), die gern jeden Dritte-Welt-Nationalisten einen „Marxisten" bzw. „Terroristen" schimpft, „sollte (man) jetzt nicht so sehr auf das blicken, was Mugabe einst über seine marxistische Gesinnung gesagt hat, sondern ihn danach beurteilen, was er tut. Und alles, was er bisher getan hat, war vernünftig". Die Imperialisten können in der Tat nicht klagen. Wie jeder andere schwarze Nationalistenführer auch hat Mugabe der nur vier Prozent ausmachenden weißen Bevölkerung 20 Parlamentssitze zugestanden. Er begrüßte die Rückkehr von Rhodesien in den Status einer britischen Kolonie und die Ankunft von 1 200 Commonwealth-Soldaten. Er hat sogar den britischen Kolonialgouverneur Lord Soames aufgefordert, nach den Wahlen dazubleiben, um „eine ähnliche Rolle wie der späte Lord Mountbatten in Indien nach der Unabhängigkeit" {*Times,* 28. Februar) zu spielen. Mugabe erklärte seine Bereitschaft, in „friedlicher Koexistenz" mit Südafrika leben zu wollen. Die kapitalistische Ausbeuterherrschaft will er unangetastet lassen. Eine „Landreform" hat er angekündigt - durchzuführen von dem zum Landwirtschaftsminister ernannten Vorsitzenden des weißen rhodesischen Farmerverbandes. Mugabe hat General Peter Walls, der jetzt als „große weiße Hoffnung" an Ian Smith' Stelle getreten ist, zum Oberkommandierenden der „neuen integrierten" Armee bestimmt.

Trotz dieser Manöver kann in Rhodesien recht schnell die Hölle losbrechen. Die weißen Siedler nehmen Mugabe seine Versicherungen, ihr Eigentum nicht anzutasten, nicht recht ab. Viele der 200 000 Weißen sind bereit, ihren Lebensstil bis zum letzten Swimmingpool zu verteidigen. Zusätzlich zu dem grundsätzlichen Konflikt zwischen den arbeitenden schwarzen Massen und der weißen Siedlerkaste gibt es die tribalistische Feindschaft zwischen Nkomos Matabele und den Shona-sprechenden Anhängern Mugabes. Nimmt man die direkte Intervention der britischen Imperialisten hinzu, so ergibt das ein explosives Szenario, das sehr schnell zu einem blutigen, vielseitigen Krieg führen kann.

Angesichts eines von Weißen unternommenen Putschversuchs würden Marxisten natürlich für den militärischen Sieg der schwarzen Nationalisten eintreten. Aber kein politisches Vertrauen in erwiesene Verräter wie Mugabe. Anders als sie sagen wir: Imperialistische Truppen, Polizei und Kolonialverwalter raus — sofort! Nieder mit General Peter Walls! Zerschlagt die Herrschaft der weißen „Herrenmenschen"! Die Befreiung der schwarzen Massen im südlichen Afrika erfordert den Aufbau einer trotzkistischen Avantgardepartei, basierend auf dem Programm der permanenten Revolution und verankert in dem strategisch zentralen schwarzen Proletariat Südafrikas. ■

Spiel mit der chinesischen Karte nicht einfach ein Lavieren auf diplomatischem Parkett, es ist eine Frage von Leben und Tod. China ist Stolperdraht Nr. 1.

Auf der anderen Seite wird Westeuropa jetzt mit neuen Raketen bewaffnet, Raketen, von denen Breschnew glauben gemacht wurde, sie würden unter SALT II wegfallen. Mit der Offenheit eines in die Ecke getriebenen Mannes erklärte Breschnew das Problem: „Zwischen den amerikanischen Raketen und unseren liegen jetzt 30 Minuten. Wir können nicht akzeptieren, daß diese Verzögerung durch neue amerikanische Raketen in Deutschland auf 6 Minuten reduziert wird". Genau. Die Garantie eines Vergeltungsschlages ist alles. Wenn die auf die sowjetischen Großstädte gerichteten Raketen in Westdeutschland gezündet werden, benötigen die Russen Zeit, um angemessen antworten zu können. Und um auch nur in relativer Sicherheit leben zu können, müssen sie die Gewißheit haben, daß die US-Imperialisten wissen, daß sie diese Zeit haben. Militärische Sicherheit wird in Minuten, sogar in Sekunden gemessen. Westeuropa ist Stolperdraht Nr. 2.

Die US-Imperialisten haben die gefährliche Angewohnheit anzunehmen, daß jede Regierung derart zynisch und voller Bluff und Getöse ist wie ihre eigene. Wir erinnern daran, daß, als die Chinesen sich durch die US-Streitkräfte in Korea bedroht fühlten, sie warnten, daß, wenn die US-Truppen bis zum Jalu-Fluß marschieren würden (dem Ort lebenswichtiger Einrichtungen zur hydroelektrischen Stromerzeugung), die Chinesen gezwungen sein würden, in den Krieg einzutreten, um die USA zurückzuwerfen. Die Warnung wurde von General Mac Arthur und anderen als bloße kommunistische Propaganda und als orientalischer Exotismus abgetan. Aber als die amerikanischen Truppen den Jalu erreichten, hielten die Chinesen ihr Versprechen.

Der US-Imperialismus ist nicht sehr gut darin, die Reaktionen von durch den Imperialismus bedrohten Regierungen und Völkern herauszufinden, und auch nicht in der Lage, die Konsequenzen abzuschätzen. Die Menschen Hanois Hessen sich durch das Dauerbombardement nicht demoralisieren, und die Russen werden sich nicht gegen ihre bürokratische Führung wenden, weil Carter ihre Ernährung durch seinen Getreideboykott beschneiden will. Das Gegenteil wird eintreten. Es zeugt von aggressiver, beleidigender Dummheit, wenn Carter glaubt, daß die Verteidiger von Leningrad angesichts seiner Einschüchterungen und Drohungen klein beigeben werden. Wie ein Amerikaner, der kürzlich die UdSSR besuchte, in einem Brief an die *New York Times* schrieb: Carter versteht die Russen nicht — ein „zähes und alles andere als verzärteltes Volk".

Wenigstens gerät Afghanistan so in einen richtigen Kontext. All das Geschrei über die nationale Souveränität des „armen kleinen Afghanistans" ist dazu bestimmt, eine „Haßt Rußland, fürchtet Rußland „-Belagerungsmentalität zu schüren (Afghanistan ist schließlich ein Staat und keine Nation. Und wo, bitteschön, fängt die Unverletzlichkeit von Staatsgrenzen denn an?). Selbst bedeutende Teile der bürgerlichen öffentlichen Meinung — international und in den Vereinigten Staaten — machen sich sichtliche Sorgen über Carters militärische Provokationen und seinen zu diesem Zweck erfundenen Afghanistan-Vorwand.

Der Sowjetspezialist George Kennan macht sich in einem wichtigen Gastkommentar-Artikel in der *New York Times*

Fortgesetzt auf Seite 4

„Longshore Militant“ in US-Gewerkschaftswahlen

47% für Hafenarbeiter Rex Reinhart!

San Francisco — Bei den kürzlich abgehaltenen Gewerkschaftswahlen der International Longshoremen's and Warehousemen's Union (ILWU - Hafen- und Lagerarbeitergewerkschaft an der amerikanischen Westküste) erlitten die beiden Hauptcliquen innerhalb der Bürokratie von Local 10 in San Francisco ernsthafte Verluste, während oppositionelle Kandidaten auf einem klassenkämpferischen Programm bedeutende Erfolge aufweisen konnten. Stan Gow und Howard Keylor, Herausgeber des *Longshore Militant* und beide seit über 25 Jahren in der ILWU aktiv, wurden zum sechsten aufeinanderfolgenden Mal in den Vorstand von Local 10 gewählt, und Gow wurde als Delegierter der Hafenarbeiter für den Gewerkschaftskongreß wiedergewählt.

Der *Longshore Militant,* von der Spartacist League/U.S. politisch unterstützt, wird zunehmend als *die* linke Opposition in dieser traditionell stalinistisch beeinflußten Gewerkschaft anerkannt. Sein Programm gipfelt in der Forderung des Bruchs der Gewerkschaftsbewegung mit den bürgerlichen Parteien, den Demokraten und Republikanern, und für eine unabhängige Arbeiterpartei, die für eine Arbeiterregierung kämpft. Andere Programmpunkte der Gruppierung sind Arbeit für alle durch Kürzung der Schichtarbeitszeit von 8 auf 6 Stunden bei vollem Lohnausgleich, gegen die Einmischung der Gerichte und der Polizei in Angelegenheiten der Gewerkschaft, und für die entschädigungslose Enteignung der Hafen- und Lagerhausindustrie.

Noch mehr Aufsehen erregte bei den Wahlen die Tatsache, daß Rex Reinhart, ein jüngerer Gewerkschaftsaktivist, der, vom *Longshore Militant* unterstützt und in Übereinstimmung mit dessen Programm, als Vizepräsident des Locals kandidierte, im zweiten Wahlgang 47 Prozent der Stimmen erhielt — *die höchste Stimmenzahl, die jemals nach dem Zweiten Weltkrieg von einem klassenkämpferischen Kandidaten in der ILWU erreicht worden ist* — obwohl alle Flügel der Bürokratie den Gegenkandidaten John Carr unterstützten.

In Local 10 hat wachsender Widerstand gegen jahrelange Angriffe der Unternehmer auf die Belegschaft gesteigertes Interesse für das Programm des *Longshore Militant* hervorgerufen. Dieser Widerstand, an dessen Spitze Gow und Keylor hervortraten, drückte sich 1978 darin aus, daß San Francisco der einzige große Hafen war, in dem der Tarifvertrag niedergestimmt wurde. Augenfällig ist die größer werdende. Zahl der Hafenarbeiter, die sich gegen das „steady-man System“ wenden, das die Arbeitsvergabe durch die Gewerkschaft (eine Errungenschaft der Generalstreiks von 1934 und 1936) untergräbt.

Es hat auch einen bemerkenswerten Aufschwung von Arbeitskämpfen um Sicherheitsfragen und Tarifvertragsverletzungen gegeben, obwohl lokale Gewerkschaftsbürokraten versuchten, diese Kämpfe zu unterdrücken und die Schiedskommission einzuschalten. Aber sogar die Bürokratie war unter dem Druck der Mitgliedschaft während der Wahlperiode gezwungen, zu Arbeitskämpfen aufzurufen, um ihre Unterstützerbasis aufrechtzuerhalten, obwohl das ein heuchlerischer — und kurzlebiger — Wahltrick war. Jetzt sind die Wahlen vorbei und mit ihnen die Arbeitskämpfe.

Es ist selten, daß jemand, der in der Gewerkschaftspolitik relativ unbekannt ist, es schafft, als Kandidat in den zweiten Wahlgang für ein wichtiges Amt zu gelangen. Das deutlichste Zeichen für das wachsende Interesse am Programm des *Longshore Militant* ist, daß sich Reinhart entschloß, darauf zu kandidieren, und sich auch durch gegen ihn gerichtete antikommunistische Hetze nicht davon abbringen ließ. Und zweifellos war die Tatsache, daß Gow und Keylor Reinhart unterstützten, ein wichtiger Grund für seinen herausragenden Erfolg.

Die offen internationalistischen Positionen des *Longshore Militant* zu Fragen wie Afghanistan und der Sowjetunion zu einem Zeitpunkt, wo Carter versucht, Kriegshysterie hochzupeitschen, machen Reinharts Sieg besonders bedeutsam. Die Gewerkschaftsführung bemüht sich zur gleichen Zeit, durch einen Boykott von nach dem Iran bestimmten Waren bürgerliche Respektabilität zu beweisen, was einen wichtigen Schritt weg von ihren von der KP beeinflußten Ursprüngen darstellt. Und die Verurteilung



1

Kämpfen für eine revolutionäre Führung der ILWU: Stan Gow und Howard Keylor vom *Longshore Militant*

Workers Vanguard Foto

der sowjetischen Intervention in Afghanistan durch die Bürokratie unter Herman ist die erste jemals von der ILWU herausgegebene größere politische Erklärung, die die Russen kritisiert.

Angesichts der prinzipienfesten Opposition von Gow und Keylor gegen Carters Antisowjetismus und seinen Iranboykott war es mutig, daß Reinhart seine Wahlkampagne mit der des *Longshore Militant* verband. Sein Programm sagte ohne Umschweife, daß eine *politische* Offensive der Arbeiter notwendig sei, um die ILWU auf einen siegreichen Kurs zu führen. Reinhart schrieb:

> „Ich bin vom *Longshore Militant* unterstützt worden und stimme mit seinem Programm überein. Ich trete für eine Arbeiterpartei ein, die für eine Arbeiterregierung kämpft, weil ich davon überzeugt bin, daß Demokraten und Republikaner uns nie helfen werden. So lange die herrschende Klasse an der Macht ist, wird das, was der Arbeiter bekommt, nur Steuern und Inflation sein. Kollegen haben mich angegriffen, weil ich mit Gow und Keylor zusammenarbeite. Aber ich habe festgestellt, daß sie durch und durch ehrlich sind und dafür arbeiten, daß die Gewerkschaft vorwärtskommt."

Die Bürokraten von Local 10, aufgeschreckt durch die Unterstützung dieses jungen, auf den Docks weithin beliebten Hafenarbeiters für den *Longshore Militant* und wegen seines Erfolges bei den Vorwahlen (28 Prozent der Stimmen), starteten eine widerwärtige antikommunistische Kampagne. Beide Cliquen innerhalb der Führung stellten sich hinter Reinharts Widersacher, John Carr, und beleidigten die Intelligenz der schwarzen Gewerkschaftsmitglieder, indem sie sie bedrängten, Carr zu wählen, nur weil er schwarz ist. Aber diese Taktik ging ins Auge.

Die Stimmerergebnisse spiegelten wider, was viele Mitglieder während der letzten zwei Jahre auf andere Weise ausgedrückt hatten, als sie die Arbeit niederlegten, um gegen Verletzungen der Sicherheitsbestimmungen und des Tarifvertrags zu protestieren. Hunderte stimmten für Reinhart, genau wissend, daß er auf der Seite von Gow und Keylor stand, weil sie genug hatten von der Passivität der alten Führung, die seit dem Streik von 1971 vor den Angriffen der PMA (Hafenunternehmerverband) zu Kreuze gekrochen ist, und weil sie die Möglichkeit sahen, eindeutig ihren Protest zum Ausdruck zu bringen. Jetzt muß *fax Longshore Militant* diesen Sieg konsolidieren, indem er einen Kern von Militanten gewinnt, der die Basis für eine wirklich klassenkämpferische Führung der ILWU darstellen kann.

Nach Workers Vanguard *Nr. 250, 22. Februar*

Kalter Krieg...

Fortsetzung von Seite 2

(vom 1. Februar, „Washingtons Reaktion auf die afghanische Krise: war das wirklich reife staatsmännische Führung?") öffentlich Sorgen über Carters Reaktion auf die Invasion in Afghanistan, die „durch einen beunruhigenden Mangel an Ausgewogenheit gekennzeichnet" sei. „Das hat Kriegsstimmung geschaffen." Und aus welchem Anlaß? Wegen Afghanistan? Carter hat gesagt, die Afghanistan-Krise sei die ernsteste seit dem Zweiten Weltkrieg und geht nun daran, diese eigentlich von ihm erfundene Einschätzung wirklich zu einer Tatsache zu machen. Kennan beurteilt das Kriegsfieber in Washington:

> „Niemals seit dem Zweiten Weltkrieg sind die Gedanken und Gespräche in der Hauptstadt so militarisiert gewesen. Ein Besucher von einem anderen Stern, der unerwartet dort hineingeriete, müßte zwangsläufig zu dem Schluß kommen, die letzte Hoffnung auf eine friedliche, nichtmilitärische Lösung sei dahin — von jetzt an zählten nur noch die Waffen, egal wie sie auch eingesetzt würden."

Was die Kalte-Kriegs-Politik Washingtons betrifft, so ist Kennan kein „Besucher von einem anderen Stern". Schließlich war es niemand anderer als der junge Kennan selbst, der vor über drei Jahrzehnten in seiner weniger „reifen" Eigenschaft als „Mr. X" das ideologische Rüstzeug und selbst das Vokabular für Trumans „Containment" (Eindämmungs)-Strategie schuf. Er spricht heute fraglos für einen großen Teil der bürgerlichen Meinung, wenn er wegen Carters „passiven öffentlichen Warnungen" an die Russen vor militärischen Aktionen zur Vorsicht mahnt:

> „Wir befinden uns jetzt in der Gefahrenzone. Mir ist aus der modernen Geschichte kein Fall bekannt, wo ein derartiger Zusammenbruch der politischen Kommunikation, wo ein derartiger Triumph zügelloser militärischer Verdächtigungen am Ende nicht zu einem bewaffneten Konflikt geführt hätte."

Kennan führt aus, Afghanistan sei ein Land, „das nun einmal an die Sowjet-Union grenzt." Er weist auf die Einflußsphären hin, die mindestens seit dem Zweiten Weltkrieg bestanden haben (und im Fall von Rußland und Afghanistan beträchtlich länger), und schreibt, die Invasion deute eher „auf defensive als auf offensive Motive" hin. Aber in Carters „schiefer" Sicht der sowjetischen Ziele ist Afghanistan nur der erste Dominostein auf dem Weg, ganz Südwestasien zu übernehmen.

Kalter Krieg I, II...

Das Echo der Truman-Doktrin war in Carters Rede vom 23. Januar deutlich zu hören und wahrscheinlich auch beabsichtigt. Am 12. März 1947 forderte Truman, daß ‚jede Nation zwischen alternativen Weisen zu leben wählen müsse" und sagte, daß es Amerikas Verantwortung sei, „freie Völker zu unterstützen, die sich dem Versuch der Unterjochung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen". Sowohl Trumans wie Carters Reden sind ein Signalruf zur Bekämpfung des Kommunismus durch militärische „Gegengewalt".

Kein Wunder, daß es in Presse, Rundfunk und Fernsehen so viele Vergleiche zwischen Carters Linie und der der

Fortgesetzt auf Seite 6

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS, Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur: W. Hohmann, 6000 Frankfurt 1

Anschrift: Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Morenisten rufen zur Konterrevolution in der UdSSR auf

Von allen Gruppen, die sich auf den Trotzkismus berufen, hat die Bolschewistische Fraktion (BF) Nahuel Morenos, dem exilierten Führer der argentinischen PST am unglaublichsten auf die Ereignisse in Iran und Afghanistan reagiert. Vor einem Jahr bejubelte Moreno, wie fast alle Linken, lauthals den Sieg von Chomeinis islamisch-fundamentalistischer „Revolution" gegen den Schlächter Schah. Heute schließt sich das Paritätische Komitee für die Reorganisierung (Wiederaufbau) der Vierten Internationale — ein verrotteter Block zwischen der BF und den Anhängern von Pierre Lamberts französischer OCI — mit seiner Forderung nach dem sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan Jimmy Carter an. Es ruft sogar zur militärischen Unterstützung der gemeinsam von Chomeini und dem Pentagon unterstützten islamischen Rebellen auf (siehe „Afghanistan, Cold War and the Left", in *Workers Vanguard* Nr. 249,8. Februar).

Aber die Morenisten gehen noch weiter. Im pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariat (VS) gab sich die BF als der äußerste linke Flügel aus, indem sie die Kapitulation vor dem Eurokommunismus und vor den CIA-gestützten Machenschaften in Portugal und Angola scharf kritisierte. In Sachen Nicaragua posieren sie als heroische Guerillas und prahlen mit ihrer inzwischen nicht mehr bestehenden Simon Bolivar-Brigade. Jetzt jedoch rufen die morenistischen politischen *Bandoleros* plötzlich für die Ausweitung der islamischen Konterrevolution — Marke Chomeini — auf die Sowjetunion auf! Man lese, was ihre italienische Gruppe, die Lega Socialista Rivoluzionaria (LSR), über die Afghanistankrise zu sagen hat:

> „Die konterrevolutionäre Kreml-Bürokratie diskreditiert sich selber durch eine kriminelle Aktion gegen das afghanische Volk, indem sie sein Recht auf Unabhängigkeit mit Füßen tritt und auf seinem Territorium ohne jede Rechtfertigung interveniert. Nicht Verteidigung gegen äußere Aktionen hat die UdSSR zur Intervention bewogen, im Gegenteil, vielmehr geht es um einen offensichtlichen Versuch, die eigene Kontrolle zu verstärken, um den Status quo in dem von revolutionärer Gärung erschütterten Gebiet aufrechtzuerhalten. Es ist die Möglichkeit der Ausweitung der iranischen Revolution über die Grenzen hinaus auf die Sowjetunion, die der Kreml-Bürokratie Schrecken einflößt. Die sowjetische Grenzbevölkerung, mit Iran und Afghanistan durch religiöse, kulturelle und rassische Bande verbunden, kann durch die Radikalisierung in dem Gebiet angesteckt werden, kann zum Protagonisten in einer antibürokratischen Mobilisierung innerhalb des Arbeiterstaates werden, und somit die Basis für eine politische Revolution legen. Davor hat die Bürokratie Angst, deshalb hat die UdSSR interveniert" *(Avanzata Proletaria,* 12. Januar).

Moreno & Co. versuchen offensichtlich bei ihren Bemühungen um die Mobilisierung der chomeiniistischen Moslemfanatiker gegen Rußland mit den Maoisten und dem Superfalken Brzezinski zu wetteifern!

Dies ist kein Exzess seitens der italienischen Morenisten. In der Erklärung/Plattform der Bolschewistischen Fraktion wurde der Triumph der islamischen klerikalen Reaktion begrüßt: „Die iranische Revolution ist das spektakulärste Beispiel eines Aufstandes, das man in den letzten Jahren gesehen hat". Und die argentinische PST erklärt, daß der Sieg der Mullahs im Februar letzten Jahres „bereits seinen Platz unter den großen Revolutionen dieses Jahrhunderts gefunden hat, in seiner Bedeutung vergleichbar mit der langandauernden vietnamesischen Revolution" *(Option,* April 1979). In der Presse der LSR wird daraus explizite politische Unterstützung für die moslemischen religiösen Führer, deren „tiefgehende Vereinigung mit dem Volk" sie zum „Mobilisierungsinstrument, zur Führung der Revolution" macht:

> „Vor allem werden die Verbindungen, die zwischen den Ajatollahs und den Massen bestehen, durch die Tatsache begünstigt, daß die schiitische Hierarchie nicht von außen eingesetzt, sondern von unten gewählt ist und deswegen durch die Bevölkerung voll anerkannt wird" *(Avanzata Proletaria,* 25. März 1979).

Diese scheinbar grotesken Erklärungen (für selbsternannte Trotzkisten) entsprechen tatsächlich einer beständigen politischen Linie. Nicht weniger finster als die mit dem Odium des State Department-Sozialismus behaftete Stalinophobie der Lambertisten, spiegelt die antisowjetische Linie der Morenisten in der Afghanistanfrage die *Caudillo*-Mentalität ihres Führers wider. Von seiner politischen Unterstützung für Perón in Argentinien bis zu Torrijos in Panama, Velasco Alvarado in Peru, und jetzt für den klerikal-feudalistischen Chomeini in Iran, legt Moreno eine eigenartige Vorliebe für bonapartistische populistische, bürgerlich-nationalistische Regime an den Tag. Verglichen mit dem farblosen Bürokraten Breschnew, der mittels eines alles durchdringenden Staatsapparats herrscht, erscheint Chomeini als ein charismatischer, dynamischer Führer — in den Augen des verhinderten „trotzkistischen Imam" aus Argentinien ein schätzenswerter Mann.

Dieses eingefleischte politische Chamäleon hat dieser Tage einer ganzen Reihe Möchtegern-Linken Sand in die Augen gestreut. Wir empfehlen unseren Lesern eindringlich, das *Moreno Truth Kit* der Spartacist Tendenz (für 1,50 DM über die Redaktionsanschrift zu beziehen) zu lesen, um die wahre Geschichte über diesen amoklaufenden abtrünnigen Peronisten zu erfahren. Und um sich zu vergegenwärtigen, daß die Morenisten beim ersten Donnergrollen eines neuen Kalten Krieges jeglichen Anspruch aufgeben, das trotzkistische Programm in Bezug auf die degenerierten/deformierten Arbeiterstaaten aufrechtzuerhalten: *proletarische* politische Revolution zum Sturz der Bürokratie *und bedingungslose Verteidigung gegen den Imperialismus.* Wer weiß, vielleicht gefällt sich unser pseudo-trotzkistischer Impresario sui generis demnächst darin, eine „Imam Chomeini-Brigade" zu bilden, um die klerikal-feudalistische „islamische Revolution" auf die Sowjetunion auszudehnen! Es wäre nicht schwierig, mit ihr fertig zu werden — aber vielleicht würden ihre Mullah-Verbündeten die Sache bereits erledigt haben, bevor die sowjetische Armee auch nur an Ort und Stelle sein könnte.

Nach Workers Vanguard *Nr. 249, 8. Februar*



Die Befreiung der afghanischen Völker hat begonnen

Kalter Krieg . . .

Fortsetzung von Seite 4
späten vierziger und frühen fünfziger Jahre gegeben hat, und so viel vom „zweiten Kalten Krieg“ die Rede war. In der Tat scheint ein leichter Hauch des McCarthyistischen Modergestanks aus Washington zu wehen, die Regierung schürt eine neue chauvinistische Hysterie — sie annulliert Pässe, deportiert „Landesfremde“, und im Kongreß und in Zeitungsredaktionen wird in zunehmendem Maße gefordert, daß CIA und FBI von ihren ihnen nach Watergate auferlegter! Beschränkungen befreit werden. Die Hexenjagd in den USA nach dem Krieg war nicht lediglich eine Reflexhandlung in Übereinstimmung mit der internationalen Politik. Der „Generalstab“ des Kalten Krieges war nicht nur über Frankreich und Italiens sondern auch über kommunistischen Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung zuhaus besorgt.

Wie die Truman-Doktrin sollte auch die Carter-Doktrin die öffentliche Meinung mobilisieren, indem die antisowjetische Strategie der Regierung als Antwort auf eine unmittelbare Krise dargestellt wird. Trumans „Krise“ hieß Griechenland; Carters Afghanistan. Truman war bei seiner globalen Mission für den US-Imperialismus mit einer halbwegs isolationistisch gesinnten Öffentlichkeit konfrontiert; der Kongreß verwehrte ihm sogar, in Friedenszeiten die Wehrpflicht einzuführen. Carter stand dem „Vietnam-Syndrom“ gegenüber. Erst der Zorn über die Geiselnahme der Botschaftsangehörigen in Teheran machte es ihm möglich, dieses Syndrom des Mißtrauens in die Regierung zu bekämpfen und den von den iranischen Mullahs ausgelösten reflexartigen chauvinistischen Ausbruch gegen die russische Anti-Mullah-Intervention in Afghanistan umzulenken.

Als Truman seinen Plan für einen globalen Angriff auf den Kommunismus bekanntgab, war der US-Imperialismus gerade aus dem Zweiten Weltkrieg als die hegemoniale ökonomische und politische Macht hervorgegangen. Der britische Imperialismus hatte in der Mittelmeerregion in fundamentaler Weise Schiffbruch erlitten, und die USA nahmen seinen Platz ein. Die Vereinigten Staaten hatten eine so starke ökonomische Vormachtstellung, daß sie eine relativ stabile kapitalistische Wirtschaft begründen und aufrechterhalten konnten, mit dem Dollar als goldgestützter Reservewährung. Eines der Ziele der Truman-Doktrin war die Unterdrückung des Kommunismus (und aller Linkskräfte) in Europa, besonders in Frankreich und Italien, während Deutschland und Japan als Teil einer antisowjetischen Allianz geholfen werden sollte, wieder auf die Beine zu kommen. Kurz gesagt, der US-Imperialismus hatte keine Konkurrenten unter den Imperialisten, die seine Vorherrschaft in Frage hätten stellen können. Er machte sich daran, das „amerikanische Jahrhundert“ zu etablieren - eine von den Amerikanern geführte kapitalistische Weltwirtschaft.

Aber dem amerikanischen Jahrhundert waren nur etwa 20 Jahre beschieden. In der Periode seit der Verkündung der Truman-Doktrin sind die USA von einer unangefochtenen Autorität zum nur noch knapp mächtigsten unter rivalisierenden Imperialisten abgestiegen. Das deutete sich 1971 an, als Nixon den Dollar von seiner Goldbindung löste und gegenüber anderen Währungen floaten ließ. Heute weiß jedes Schulkind, daß der Goldpreis in wachsendem Maße zentrifugale ökonomische Instabilität reflektiert, welche stärker werdenden ökonomischen Nationalismus, Handelskriege und Depression immer wahrscheinlicher macht.

ABONNIERT

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands, Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

3 Probeexemplare 1,-- DM (in Briefmarken) Portokosten; Jahresabonnement 8,50 DM (inklusive Porto); Auslandsluftpostabonnement 10,~ DM (ein Jahr)

- einschließlich SPARTACIST, deutsche Ausgabe

Zu beziehen über:

Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Pschk. Ffm 119 88-601 (W. Hohmann)

Die KPD, die keine war

Am 8./9. März hat sich die „KPD" von Semler, Horlemann etc. aufgelöst, um ihrer Klassenkollaboration in grünen und „alternativen" Kreisen ungestört von Parteiansprüchen nachzugehen. Wir begrüßen herzlich das Ableben einer Organisation, die einen einst revolutionären Namen aus der Geschichte des deutschen Proletariats für ihre anti-sowjetische, pro-imperialistische Politik mißbraucht hat. Wir hoffen nur, daß dieses Beispiel Schule machen wird.

Die deutsche wie internationale Arbeiterklasse braucht dringend eine kommunistische Partei. Sie braucht eine Partei in der Tradition des unversöhnlichen Klassenkampfes von Marx, Engels, Lenin und Trotzki - nicht in der Tradition von Maos „Block der Vier Klassen" oder Dengs Bündnis mit dem US-Impe rialismus.

Die mao-menschewistische „KPD" hat mitgeholfen, eine ganze Generation von radikalen Linken aus der Studentenbewegung zu zynischen Antikommunisten zu machen. Das ist ein unverzeihliches Verbrechen.

Als wir Christian Semler kürzlich bei den Vorbereitungsmauscheleien zur „Sozialistischen Konferenz" in Frankfurt konfrontierten, warf er uns vor, wie in den „70er Jahren" zu reden. Unsere Kontinuität ist ungleich tiefer. Unsere Tradition ist nicht die der impressionistischen maoistischen Neuen Linken, die zunehmend in offenen Antikommunismus umschlug, sondern die der Oktoberrevolution Lenins und die von Trotzkis Kampf gegen die Degeneration der Komintern.

Die „KPD" ist tot, es lebe die KPD!

Business Week vom 21. Januar stellte das Problem von Carters zweitem Kalten Krieg kurz und bündig dar:

> „... die Weltwirtschaft ist inzwischen zu dezentralisiert, um je wieder zu der alten, vom Dollar dominierten Währungsordnung zurückkehren zu können — auch nicht unter dem Vorwand, eine wiedererstarkte amerikanische Führung wolle einen neuen Kalten Krieg führen. Die USA sind heute davon abhängig, daß Europa und Japan helfen, den neuen Kalten Krieg zu führen, und es ist überhaupt nicht sicher, daß diese einem neuen Kreuzzug zustimmen werden."

In der Tat läuft Carters Versuch, die Hegemonie der USA wiederherzustellen, den ökonomischen Interessen der anderen imperialistischen Nationen zuwider und verschärft auf diese Weise diese sehr gefährlichen Rivalitäten. So hat das Drängen der USA bis jetzt nur hartnäckigen Widerstand seitens ihrer europäischen Verbündeten ausgelöst. Helmut Schmidt zum Beispiel weiß ganz genau, daß Rußland in Europa keinen Krieg beginnen wird. Und Deutsche, Japaner und Franzosen haben in beträchtlichem Ausmaß Handelsverbindungen mit dem Sowjetblock. Nur Margaret Thatcher hat enthusiastisch Carters Forderung unterstützt, es Afghanistans wegen „Rußland zu zeigen". Britannien treibt nur sehr wenig Handel mit Rußland (und mit Defizit). Insgesamt kommt die Haltung durch die *Spiegel*-Schlagzeile zum Ausdruck: „Berlin ist wichtiger als Kabul". Wer kann das bezweifeln? Nichtsdestoweniger spielt auch der westdeutsche Imperialismus (inzwischen zur Nr. 1 in Europa und zum Juniorpartner des US-Imperialismus aufgerückt) seine Rolle beim finsteren Kreuzzug gegen die Sowjetunion. Arbeitsteilig organisiert die Bundesrepublik eine massive Militär- und Finanzhilfe für den bankrotten und am Rande des Bürgerkrieges stehenden NATO-Partner Türkei, sie zahlt den Löwenanteil,



Workers Vanguard Foto

Anti-Wehrpflicht-Demonstration in New York, 9. Februar. Während ein Großteil der amerikanischen Jugendlichen auf Carters geplante Wiedereinführung der Wehrpflicht mit kleinbürgerlichem Pazifismus reagiert, sagen unsere Genossen der Spartacus Youth League: Nicht Pazifismus, sondern Verteidigung der Sowjetunion!



Vorbereitung für imperialistische Aggression gegen die Sowjetunion: Alarmübung amerikanischer Atombomber

und päppelt Pakistans Zia-ul-Haq, eine Kreuzung aus Ajatollah Chomeini und Schah Reza Pahlewi, durch erhebliche Wirtschaftshilfe auf. Außerdem wird der Militäretat der BRD

Kontaktadressen der internationalen Spartacist Tendenz

LIGUE TROTSKYSTE DE FRANCE
Le Bolchevik, BP 42109
F–75424 Paris cédex 09

SPARTACIST LEAGUE/BRITAIN
PO Box 185
GB–London, WC 1H 8JE

SPARTACIST LEAGUE OF AUSTRALIA/NEW ZEALAND
GPO Box 3473
Sydney, NSW, 2001, Australien

SPARTACIST LEAGUE/U.S.
P.O. Box 1377, GPO
New York, NY, 10001, USA

SPARTACIST STOCKHOLM
Spartacist Publishing Co.
c/o E. Davidson
Fack
S–102 60 Stockholm

TROTSKYIST LEAGUE OF CANADA
Box 6867, Station A
Toronto, Ontario, Kanada

TROTZKISTISCHE LIGA DEUTSCHLANDS
Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1

um drei Prozent, d. h. zusätzlich um über eine Milliarde erhöht.

Die imperialistische Niederlage in Vietnam markierte augenfällig den Niedergang amerikanischer Macht. Die Erkenntnis dieser Schwäche stand hinter den Versuchen, im Namen der Entspannung die Russen mit für den Imperialismus vorteilhaften „Abrüstungsverhandlungen" zu ködern. Die Nixon-Doktrin von 1969 zum Beispiel, die sich auf den Fernen Osten bezog, basierte strategisch auf der Fähigkeit des US-Imperialismus, Rußland gleichzeitig in einem großangelegten und einem begrenzten Krieg bekämpfen zukönnen. Aber die Nixon-Doktrin ging auch davon aus, daß regionale Diktatoren, mit den USA verbündet und von ihnen unterstützt, in wirksamer Weise den russischen Einfluß eindämmen könnten. Das beste Beispiel war der Schah von Iran, und als er stürzte, fiel mit ihm die Nixon-Doktrin. Aus diesem Grund schlägt die Carter-Doktrin vor, sich statt auf regionale Kriegsherren direkt auf die amerikanische Macht zu stützen. Das bedeutet, daß für die USA die Schwelle, Atomwaffen zu benutzen, niedriger wird — zum Beispiel in einem Fall, wo die USA 11000 Kilometer entfernt sind und die Russen jenseits ihrer eigenen Grenze stehen. Es ist nicht überraschend, daß ein vor kurzem veröffentlichter Bericht des Pentagon (der vor der Invasion Afghanistans fertiggestellt wurde) zum Gebrauch „taktischer Atomwaffen" im persischen Golf aufruft.

In gewissem Sinne gibt es seit 1917 einen Kalten Krieg. Neu und gefährlich aber ist der Versuch von Carter/Brzezinski, die unangefochtene Weltherrschaft wiederzugewinnen, indem sie Rußland mit dem Atomkrieg drohen. Nachdem jahrzehntelang ethisch-existentialistischer Unsinn darüber geschwätzt worden ist, daß es „undenkbar" sei, Atomwaffen zu benutzen, werden jetzt manche fragen: Würden die Herrschenden in den USA wirklich Atombomben abwerfen, nur um einen spürbaren politischen Vorteil gegenüber den Russen zu erreichen? Ist solch ein Holocaust des Kalten Krieges

nicht wirklich das Undenkbare? Unglücklicherweise ist es nicht nur sehr wohl denkbar; es ist bereits geschehen.

Seit geraumer Zeit ist bekannt, daß die Entscheidung, Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abzuwerfen, nicht zum Zweck hatte, die militärische Niederlage Japans zu erzwingen. Die Japaner hatten schon versucht, sich zu ergeben. Relevante Memoiren der wichtigsten Akteure dieser Zeit bestätigen, daß die Atombombe und ihre beschleunigte Fertigstellung dazu dienen sollte, die Russen, die nahe daran waren, in der Mandschurei und Nordchina einzumarschieren, zu „beeindrucken".

Am 6. August bombardierten die USA Hiroshima. Am 8. August marschierten die Russen in der Mandschurei ein. Am 10. August bombardierte Truman Nagasaki. Wie der britische Nobel-Preisträger für Physik, P. M. S. Blackett, schrieb, war dieser Flammentod für Massen japanischer Zivilisten „nicht so sehr der letzte militärische Akt des Zweiten Weltkrieges als die erste größere Operation des Kalten diplomatischen Krieges mit Rußland" (zitiert in Bert Cochran, *Harry Truman and the Crisis Presidency).*

Scheitern der Entspannungspolitik

Auf Seiten der USA war die Politik der sogenannten „Entspannung" entstanden durch Erkenntnis der wachsenden Schwäche, deren Grund besonders in der langen, sich hinausziehenden Niederlage in Vietnam lag. Die konservativen Bürokraten im Kreml ihrerseits gestanden der imperialistischen herrschenden Klasse durch die Detente-Politik die Zeit zu, um das „Vietnam-Syndrom" — weitverbreiteter Widerstand gegen militärisches Abenteurertum unter der Fahne des Kreuzzugs gegen den Kommunismus — anzugreifen und zu unterhöhlen. Während die amerikanischen Herrscher wieder mal umherstolzieren und handeln, als ob die Zukunft ihnen gehören würde, verharren die Stalinisten ruhig in dem Glauben, daß der Kapitalismus immer stärker eingegrenzt und schließlich mehr oder weniger friedlich sterben wird. Dies ist Teil der ideologischen Grundlage, die hinter der friedlichen Koexistenz steht. So ist es die politische Rolle des Stalinismus, dieses zerfallende kapitalistische System zu stabilisieren. Seit der Teilung der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Russen immer „Einflußsphären" respektiert.

Die Stalinisten im Kreml haben sich ihren Einflußbereich mit dem Preis erkauft, die Möglichkeiten für proletarische Revolutionen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg im wahrsten Sinn des Wortes zu entwaffnen und zu sabotieren. Und ihre Politik der Klassenkollaboration ist nicht von diesem katastrophalen Kurs abgewichen. Politisch fürchten die Bürokraten im Kreml ebenso wie die imperialistischen Politiker in Washington die proletarische Revolution. Für die Kapitalisten bedeutet Revolution das Ende ihres ökonomischen und sozialen Systems der Klassenherrschaft. Für die Stalinisten bedeutet es, durch eine politische Revolution hinweggefegt zu werden. Die Illusionen der stalinistischen Kremlbürokratie und ihr Verlangen, den Imperialismus zu besänftigen, bestärken die Kapitalisten nur in der Absicht, die deformierten Arbeiterstaaten wieder für den Kapitalismus zu erobern. Für proletarische Revolutionäre stellt sich heute die russische Frage in direkter Weise.

Nach Workers Vanguard *Nr. 249, 8. Februar*

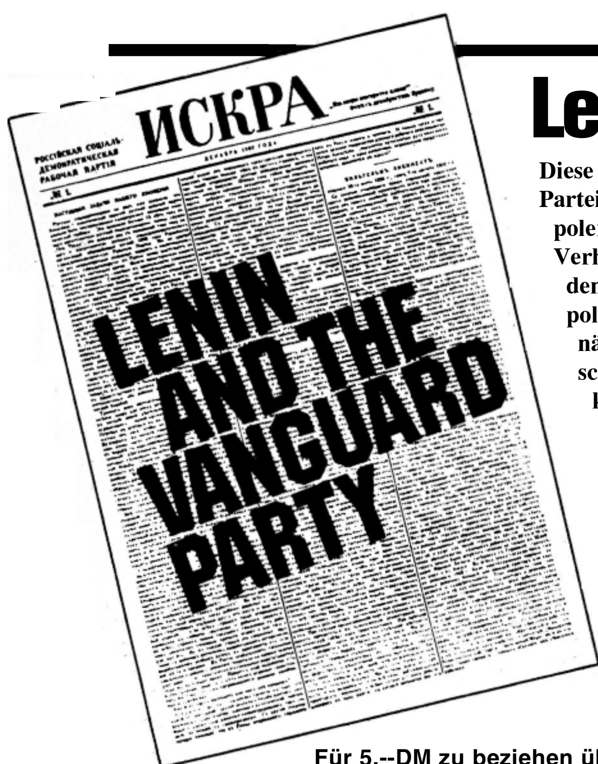
TELEGRAMM

An das Sowjetische Generalkonsulat in Westberlin

Die Trotzkistische Liga Deutschlands verurteilt schärfstens den Bombenanschlag in Westberlin am 7. 3.1980, zu dem sich sogenannte afghanische Volksmodschahedin bekannt haben.

Dieser Anschlag ist ein Bestandteil des reaktionären Kampfes afghanischer Feudalisten und Islamfanatiker gegen die Reformpolitik der afghanischen Regierung und die sie stützende Rote Armee der Sowjetunion. Der Anschlag ist Ausdruck der verschärften Kalten-Kriegs-Hetze und ruft unseren energischen Protest hervor.

Frankfurt, den 7.3.1980 ZK der TLD



Lenin und die Avantgardepartei

Diese englischsprachige Spartacist-Broschüre analysiert die Entwicklung der Leninschen Parteikonzeption bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale. Sie polemisiert gegen jene linken Epigonen, die Lenin in Berufung auf „spezifisch russische Verhältnisse" in einen „Dutzendliberalen verwandeln möchten und widerlegt den stalinistischen Katechismus, demzufolge Lenins Parteitheorie seit Beginn seiner politischen Tätigkeit voll ausgereift war. Lenins Entwicklung von einem revolutionären Sozialdemokraten zum Bolschewiken — der Bruch mit Kautskys sozialdemokratischem Konzept der „Partei der Gesamtklasse", die Erkenntnis der Notwendigkeit einer neuen, kommunistischen Internationale — umspannte die Jahre 1902 bis 1914. An keinem Punkt der Geschichte freilich opferte Lenin die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse gegenüber der Bourgeoisie — etwa im Kampf gegen den Zarismus - wie die Maoisten es uns zur Rechtfertigung ihrer Klassenkollaboration mit „patriotischen" Teilen der Bourgeoisie weismachen wollen. Lenin steht nicht für „Sozialismus in einem Land" oder die „Revolution in Etappen". Leninismus ist das Programm der proletarischen Weltrevolution, ihr Instrument ist die internationale Avantgardepartei. Aus dem Inhalt: Die Spaltung von 1903; Die Revolution von 1905; Partei, Fraktion und „Freiheit der Kritik"; Verteidigung des demokratischen Zentralismus; Der Kampf gegen die Boykotteure; Die endgültige Spaltung von den Menschewiki; Auf dem Weg zur kommunistischen Internationale.

Für 5,--DM zu beziehen über:
Postfach 1 67 47,6000 Frankfurt/Main 1, Postscheckkonto Ffm 119 88-601 (W. Hohmann)

US-Telefon-arbeiterin klagt gegen Carters Secret Service

Im Juni letzten Jahres wurde Jane Margolis, gewählte Delegierte zur nationalen Jahresversammlung der Communication Workers of America (CWA) in Detroit, auf der Konferenz von Geheimdienstagenten Jimmy Carters — dem Secret Service — überfallen und verschleppt, um zu verhindern, daß sie in ihrer Rede dessen arbeiterfeindliche Politik angreifen konnte. Ihr wurden Handschellen angelegt und sie wurde bedroht, während sie festgehalten wurde. Erst nach Carters Ansprache wurde sie ohne weitere Erklärung wieder freigelassen.

Jane Margolis ist wegen dieses empörenden Angriffs auf das Recht einer Gewerkschaftsdelegierten gegen Carters Secret Service vor Gericht gegangen. Ihr Fall ist ein exemplarischer Kampf zur Verteidigung des Rederechts und der Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung gegen das brutale Durchgreifen der Regierung.

Jane Margolis hat breite Unterstützung für ihren Prozeß gewonnen. Doch währenddessen nehmen auch die Schikanen des Telefonunternehmens gegen sie und andere Gewerkschaftsmitglieder der CWA zu. Margolis, Vertrauensfrau und Vorstandsmitglied der CWA-Ortsgruppe 9410 in San Francisco, ist mit einer Disziplinarmaßnahme für fünf Tage von der Arbeit suspendiert worden. In einer „letzten Warnung" wurde ihr die Entlassung angedroht. Jane Margolis ist seit achteinhalb Jahren aktive Gewerkschafterin. Sie ist Führerin des Militant Action Caucus (MAC) — einer klassenkämpferischen Opposition in der CWA-Ortsgruppe 9410,

Mitglieder der Ortsgruppen 9410 und 9415 (Oakland) haben das Union Committee Against Secret Service Harassment — UCASSH (Gewerkschaftskomitee gegen Secret-Service-Übergriffe) gebildet, um den Prozeß von Margolis gegen den Secret Service zu unterstützen. Das UCASSH erfreut sich bereits einer bedeutenden gewerkschaftlichen Förderung, einschließlich der CWA-Ortsgruppen 9201 (Portland, Oregon) und 5011 (Lockport, Illinois), United Electrical-Ortsgruppe 1412, SEIU(Service Employee's International Union)-Orts-gruppe 535-Hauptvorstand, International Typographical Union (ITU)-Ortsgruppe 21 sowie der individuellen Unterstützung durch bislang über 40 CWA-Vertrauensleute.

Ebenso unterstützen viele prominente Individuen und Organisationen, die sich für die Verteidigung demokratischer Rechte einsetzen, den Prozeß. Unter ihnen befinden sich die National Lawyers Guild, Robert Meeropol (jüngerer Sohn von Ethel und Julius Rosenberg, dem Paar, das während der antikommunistischen Hexenjagd unter McCarthy hingerichtet wurde), Doron Weinberg, Verfassungsanwalt in San Francisco, Bill Hampton (Bruder des ermordeten Black Panther-Führers Fred Hampton), Henry Schmidt, Vizepräsident im Ruhestand der International Longshoremen's- und Warehousemen's-Gewerkschaft und Führer des 1934er Generalstreiks in San Francisco.



Detroit, 16. Juli 1979: Wenn Jane Margolis auf dem Kongreß ihrer eigenen Gewerkschaft festgenommen werden kann, dann ist kein Gewerkschafter mehr vor Übergriffen und Verfolgung durch die Regierung sicher

Der Prozeß von Margolis ist kein gewöhnlicher Prozeß. Wenn der Secret Service unwidersprochen Gewerkschaftsführer von Gewerkschaftsversammlungen verschleppen darf, um sie zum Schweigen zu bringen, dann ist kein Bestandteil der Arbeiterbewegung mehr vor den Zugriffen des bürgerlichen Staates sicher.

Auch die Regierung hat erkannt, um was es geht. Sie wird jeden legalen Trick benutzen, um den Prozeß zu verzögern und die Kosten der Prozeßführung, die mindestens 25 000 Dollar betragen werden, weiter zu erhöhen. Das UCASSH hat die sich zum Ziel gesetzte erste Summe von 5 000 Dollar, die es sammeln will, schon um über 2 000 Dollar übertroffen. Aber das ist noch nicht genug. Das UCASSH braucht und verdient finanzielle Unterstützung. Alle diejenigen, die für die Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung und ihre Verteidigung gegen Übergriffe des Staats eintreten, alle diejenigen, die für die Verteidigung demokratischer Rechte einstehen, sollten das UCASSH unterstützen und einen finanziellen Beitrag leisten. Spenden an und Informationen über:

UCASSH
P. O. Box 12324
San Francisco, CA 94112
USA

Der Fall Jane Margolis braucht die Solidarität der internationalen Arbeiterbewegung!

Internationaler Frauentag:

Nein zum Schleier !

Mit einer Reihe von Aktivitäten, einschließlich zwei eigener Veranstaltungen, feierte die TLD den Internationalen Frauentag 1980 in erster Linie als Tag der Solidarität mit den Frauen in den islamischen Ländern, insbesondere Afghanistan und Iran.

In Westberlin wurde trotz eines vom DGB-Vorstand erlassenen Verbots — die DGB-Bürokratie wollte als „überparteilich“ mit dem Frauentag Clara Zetkins nichts zu tun haben — eine Veranstaltung vom Frauenausschuß der IG Chemie, HBVund ÖTV am 8. März durchgeführt. Aber diese „Oppositionellen“ legten dennoch deutlich ihre Kapitulation vor der DGB-Spitze und deren bürokratischen Antikommunismus an den Tag: Unsere ausgelegten Info-Materialien wurden von den Tischen eingesammelt, Flugblätter für die TLD-Veranstaltung wurden sogar aus den Händen anderer Besucher gerissen, die sie schon genommen hatten. (Die Veranstalter hätten schon „Schwierigkeiten genug“, die Veranstaltung möglichst apolitisch durchzufuhren.)

Doch der politische Charakter des Frauentages drängt sich zwangsläufig auf. Die rund 250 Besucher hörten den Diskussionsbeitrag einer TLD-Genossin, die zur Solidarität mit den Frauen in den islamischen Ländern aufrief, wo sich deren Schicksal ganz konkret auf eine Frage zuspitzt: proletarische Revolution oder barbarische Versklavung durch die Mullahs. Besondere Zustimmung bei den anwesenden türkischen Gewerkschaftskolleginnen fand die TLD-Sprecherin, als sie auf die Notwendigkeit hinwies, Faschisten wie die Grauen Wölfe durch gewerkschaftlich organisierte Verteidigungstrupps von deutschen und ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern zu zerschlagen. Im vergangenen Jahr war eine türkische Arbeiterin von Grauen Wölfen in der Westberliner U-Bahn angegriffen worden, nur weil sie die Gewerkschaftszeitung *Metall* SPD und DGB-Führung predigen, dem bürgerlichen Staat zu vertrauen, indem sie Verbotsforderungen erheben. Die Verteidigung von Frauen und von der Arbeiterklasse und die Zerschlagung des Faschismus ist Teil des politischen Kampfes um eine revolutionäre Führung in den Gewerkschaften.

Die GIM bewies zum Internationalen Frauentag, daß sie eine völlig andere, nämlich eine kapitulantenhafte Politik vor Sozialdemokratie und DGB-Bürokratie praktiziert. In Frankfurt tauchte die Vertreterin der GIM im feministischen Milieu unter und gab als Verfechterin einer „unabhängigen Frauenbewegung“ den sozialdemokratischen Bürokratinnen des ASF (Arbeitskreis Sozialdemokratischer Frauen Frankfurt) schamlose Rückendeckung. Dagegen zeigten die Genossinnen der TLD den Bankrott des Reformismus auf, der seit 1914 schon unfähig ist, den Frauen eine Perspektive zu weisen. Sie mobilisierten dafür, den Frauentag auf der Veranstaltung der TLD unter einer revolutionären Perspektive zu begehen.

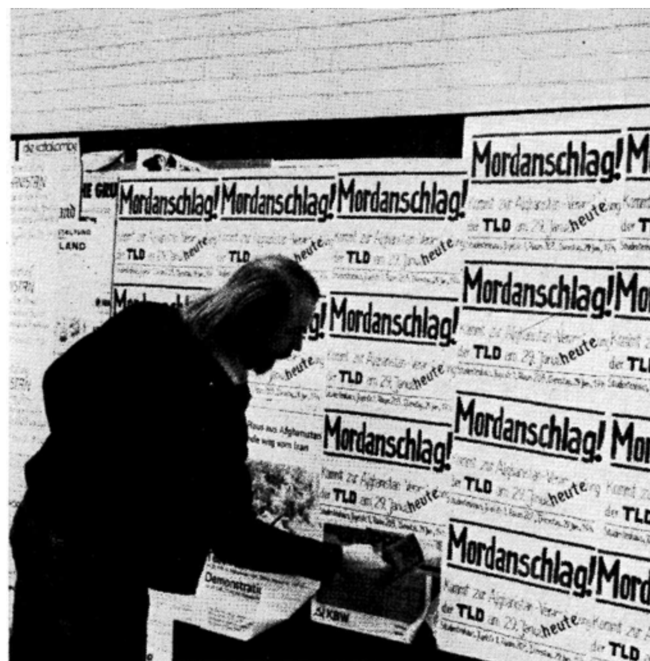
In Frankfurt und Westberlin standen unsere Veranstaltungen unter der Losung: „Die Sonne scheint nie auf afghanische Frauen! Zerschlagt die islamische Reaktion!“. Es gab lebhafte Diskussionen mit Vertretern der unterschiedlichsten linken Richtungen; insbesondere über den Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan. Referentin Birgit Kramer, Mitglied des ZK der TLD, bewies anhand detaillierter Beispiele, welche immensen Vorteile durch die Ausweitung der Errungenschaften der Oktoberrevolution auf Afghanistan insbesondere den Frauen zugute kommen würde: kein Schleier, Brautkauf, diskriminierendes Ehescheidungsrecht, kein Analphabetismus mehr.

Wie unsere amerikanische Genossin Phyllis Anwar, die in den vierziger Jahren in Kabul lebte und sich als erste ausländische mit einem Afghanen verheiratete Frau weigerte, den Schleier anzulegen, kürzlich auf einer New Yorker Veranstaltung der Spartacist League/U.S. sagte: „Als ich dort war, haben mir viele Frauen gesagt, sie würden einverstanden sein, wenn Rußland oder sonst irgendjemand in Afghanistan die Macht übernehmen würde, weil das in jedem Fall besser als jetzt sein würde. Natürlich sagen sie das den Männern nicht, weil sie wissen, von wem sie ihr tägliches Brot erhalten. Aber die Frauen, obwohl sie ignorant religiös sind — so hat man sie erzogen - waren wirklich so verzweifelt, daß sie jede Verbesserung begrüßten. Ich bin sicher, daß sie insgeheim sehr glücklich waren, die sowjetischen Soldaten kommen zu sehen“.



Frankfurter TLD-Veranstaltung zum Internationalen Frauentag 1980

Breiter Protest gegen Mordanschlag



Fred Z., Trotzkist und langjähriges Gewerkschaftsmitglied, macht langsame Fortschritte auf dem Weg zur Genesung nach dem fast geglückten Mordanschlag am 25. Januar. Nach drei Wochen, die er in einem Frankfurter Krankenhaus verbringen mußte, davon zehn Tage auf der Intensivstation, ist er jetzt wieder zuhause, obwohl eine vollständige Heilung noch Wochen dauern kann. Genosse Fred entrann dem Tod nur um Haaresbreite. Auf einer Afghanistan-Veranstaltung an der Frankfurter Universität war er bei einem Angriff von afghanischen Reaktionären und diversen Maoisten (ATIF/ATÖF, GUAfS, „Fight Back", Gegen die Strömung) durch einen Messerstich in den Rücken an der Lunge lebensgefährlich verletzt worden. Mehrere Anhänger der TLD erlitten zum Teil erhebliche Verletzungen.

Eine Erklärung, die diesen mörderischen Überfall verurteilt, ist inzwischen von über fünfhundert Personen unterstützt worden: von Sozialisten, Gewerkschaftern, Professoren und anderen Prominenten sowie von etlichen Studenten an der Frankfurter Universität selbst. Seit der Veröffentlichung unseres Extrablattes *Schluß mit dem islamischen und stalinistischen Terror!* Mitte Februar sind unter anderem Unterschriften und Protesterklärungen eingegangen von (in alphabetischer Reihenfolge): Achim Bigus — Vorsitzender des Ortsjugendausschusses der IGM, Osnabrück; Manfred Coppik —MdB; Eulenspiegel —Stadtzeitung, Baden-Baden ; Ali Gronner — Gruppe Commune, Österreich; Grüne Liste Hessen — Stadtgruppe Ffm; Gruppe „Gewerkschafter im Exil" - Deutsche Bibliothek, Ffm; Gruppe Sozialistische Aktion, Österreich; Necati Gurbaca —IGM-Sekretär für Ausländer, Wbln; Horst Helfen - Betriebsrat bei Daimler Benz, Hamburg; Internationale Kommunistenbond, Niederlande; Internationale Kommunistische Liga, Österreich; Leitendes Gremium des Kommunistischen Bundes; Liga Comunista de Chile; Jacob Moneta — ehemaliger Chefredakteur der „Metall Zeitung; Osnabrücker Volksblatt; Radikal — Sozialistische Zeitung für Westberlin; Rudi Steinke — Langer Marsch, Wbln; Peter Paul Zahl — Schriftsteller, Wbln - sowie von vielen anderen.

Spendenkonto

Pschk Ffm 939 74-605 (Wolfgang Hohmann)

Spende Fred Z.

Die TLD wird sich ihr Recht auf politische Propaganda, wo und wann auch immer, nicht nehmen lassen! Die Kampagne der TLD ist ein Erfolg im Kampf gegen die Einführung „islamischer Verhältnisse" und gegen stalinistische Gangsterumtriebe in der westdeutschen Linken. Die kriminellen Täter dürfen nicht unbestraft bleiben. Die im Dienst der feudalen afghanischen Reaktion und ihrer imperialistischen Geldgeber stehenden Organisationen müssen politisch entlarvt werden.

Inzwischen sind über 1500 DM auf das Sonderkonto „Fred Z." eingegangen. Damit sind die bisherigen Ausgaben für den Rechtsanwalt und die Veröffentlichungen über diesen empörenden Mordanschlag noch nicht gedeckt. Auch braucht der immer noch arbeitsunfähige Genosse Fred dringend einen Erholungsurlaub, den die Krankenkasse nicht bezahlen wird. Spendet bitte weiterhin auf das Sonderkonto „Fred Z.".

Protesterklärung

Ungeachtet politischer Differenzen, die wir mit der TLD haben mögen, verurteilen wir den feigen und kriminellen Angriff auf Anhänger der Trotzkistischen Liga Deutschlands auf der vom AStA der Universität Frankfurt einberufenen Veranstaltung zu Afghanistan am 25. Januar 1980, bei der Fred Z., seit über zehn Jahren Gewerkschaftsmitglied, durch einen Messerstich in den Rücken lebensgefährlich sowie mehrere andere TLD-Anhänger zum Teil erheblich verletzt worden sind. Wir rufen alle jene auf, die diesen empörenden Angriff verurteilen, diesen Protest zu unterstützen.

Wir veröffentlichen nachstehend die Namen von hundert Personen und Organisationen, die diese Protesterklärung unterschrieben haben. Mehrere hundert andere haben sie ebenfalls unterzeichnet.

Jose Afonso — Sänger, Portugal • Johannes Agnoli — Professor, Wbln • E. Altmaier — GEW-BV Ffm • Mitgliedervollversammlung der Alternativen Liste Wbln • Anti-Strauß-Komitee, Wbln • Rolf Ascheberg — Vertreter der Zentrumsfraktion des KB (ausgeschlossen), Wbln • Reinhold Beihr - ÖTV-VM, Ffm • Elke Biesold - ÖTV-VF, Universität Ffm • Achim Bigus — Vorsitzender des Ortsjugendausschusses der IGM, Osnabrück • F. Blume — ÖTV-VM, Wölfersheim • Peter Brandt —Assistent, Technische Universität Wbln» Martin Buchholz — Die Neue, Wbln • Buchladen 2000, Ffm • Andreas Büro — Dozent, Universität Ffm • Chortreffen gegen Berufsverbote (600 Teilnehmer), Wbln • Norbert Cobabus — Gewerkschafter, Deutsche Bibliothek, Ffm • Manfred Coppik, SPD-MdB • Julius Dahlhaus — Betriebsratsvorsitzender, Mitglied des SPD-Landesvorstandes Wbln • Rüdiger Deißler — Vorsitzender SJD — Die Falken, Ffm • Dagobert Diemann — ÖTV-VM, Universität Ffm • Ingeborg Drewitz — Schriftstellerin • Falken-Landesvorstand,Wbln• Iring Fetscher—Professor, Universität Ffm • Ossip Flechtheim — Professor, Wbln • Hans Franken — ÖTV-VM, Ffm • Erich Fried, Schriftsteller • Rainer Georg -GEW-BV Ffm« GEW-Studentengruppe an der TU Wbln • Max von

Nach Überfall auf Fred Z.:

GIM sabotiert proletarische Verteidigung!

Nach dem blutigen Überfall auf Anhänger der TLD auf der Afghanistan-Veranstaltung in Frankfurt konnte man von Organisationen, die sich auf die Arbeiterdemokratie berufen, nur eine Reaktion erwarten: Solidarität mit den Opfern eines bewußten stalinistisch/islamischen Mordversuchs. Die Notwendigkeit einer Aktionseinheit, um zu verhindern, daß solche Angriffe sich wiederholen, hätte als ABC erscheinen müssen.

Wer jedoch annimmt, ein solches Verständnis bei der Zentrale der *Gruppe Internationale Marxisten* in Frankfurt vorzufinden, hat weit gefehlt. Telefonisch auf die koordinierte Verteidigung der -mehrfach bedrohten - TLD-Veranstaltung am 29. Januar in der Frankfurter Uni angesprochen, legten Mitglieder des GIM-PBs einfach den Hörer auf. Angesprochen auf die Frage des Schutzes von Zeitungsverkäufern und Flugblattverteilern, zeigten sie kein Interesse. Fazit: „Auf uns könnt Ihr Euch nicht verlassen" (Peter Bartelheimer, Redakteur der *was tun).* Das ist ein skandalöses Verhalten für politische „Führer", die sich auf den Trotzkismus berufen.

Eine solche Reaktion war dagegen keinesfalls typisch für die Basis der GIM. Solidaritätsresolutionen kamen von Ortsgruppen in Westberlin, Tübingen und Osnabrück sowie von einzelnen Mitgliedern und Anhängern der GIM. Während die Frankfurter GIM-Führung Verteidigungsabsprachen ablehnte, wurde in Westberlin mehrfach koordinierter Schutz mit der Örtlichen Leitung vereinbart: beispielsweise bei einer Veranstaltung zu „Ein Jahr iranische Revolution", wo die TLD als die einzige Organisation auftrat, die von Anfang an eine klare marxistische Einschätzung von Chomeinis islamischer Reaktion vertreten hatte.

Wohl die Aufgipfelung der Politik der Führungsclique der GIM war ein Artikel in was *tun* Nr. 284 vom 7. Februar, wo beteuert wird:

> „Übereinstimmend berichten Augenzeugen, daß die Auseinandersetzung von beiden Seiten, von den Maoisten und von der TLD, begonnen worden war... ... Die TLD macht es niemandem leicht, sie zu verteidigen. Innerhalb der Linken ist sie dafür bekannt, Veranstaltungen anderer Organisationen durch provokatives Auftreten zu stören — sie zeigt damit zur Genüge, wie wenig sie selbst von Arbeiterdemokratie hält."

„Übereinstimmend" ist die GIM hier nur mit dem Frankfurter Sponti-AStA - sie hat sich nicht mal die Mühe gemacht, andere anwesende Gruppen wie den Spartacusbund und den KB zu fragen. Wie der Spartacusbund — wahrlich kein Freund der TLD! — in einem „Offenen Brief" seiner Zentralen Leitung unmißverständlich bezeugte:

> „Als die Genoss/inn/en der TLD daraufhin die ihnen vom Veranstalter zugestandene Redezeit von 5 Min. in Anspruchnehmen wollten, wurde ihnen das Rederecht durch einen brutalen Angriff verwehrt. Schon während des vorangegangenen Redebeitrags einer KBW-Genossin,

der Grün — Schriftsteller, Mitglied im „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt" • Grüne Liste Hessen, Stadtgruppe Ffm • Gruppe „Gewerkschafter im Exil" — Deutsche Bibliothek, Ffm • Gruppe Internationale Marxisten, Nationale Konferenz« Gruppe Rheinische Zeitung • Joachim Günther — Mitglied des Landesvorstandes der Jungsozialisten, Wbln • Wolfgang Gukelberger — Mitglied des SEW-Parteivorstandes, Wbln • Necati Gurbaca — IGM-Sekretär für Ausländer, Wbln • Wolfgang Hansel - ÖTV-VM, Ffm • R. Haase - Mitglied des GEW-LV Hessen • Wolfgang Haug — Das Argument, Wbln • Brigitte Heinrich — Vorsitzende des Studentenparlaments der Universität Frankfurt • Horst Helfen — Betriebsrat bei Daimler Benz, Hamburg • Eike Hennig — Professor, Universität Ffm • Internationale Kommunistische Liga, Österreich • ISV, Mitglied der CISNU (CISNU-Avantgarde), Ffm • Urs Jaeggi — Professor, Wbln • Egbert Jahn — Professor, Universität Ffm • Niels Kadritzke, Wbln • Ulf Kadritzke - Professor, Wbln • Wolfgang Kaiser - Mitglied des ZK der KPD, Wbln • M. Kalis — Betriebsrat, Ffm • D.Klein —ÖTV-VM, Universität Ffm • D. Klein - ÖTV-VM, Universität Ffm • Horst Könnecke -GEW-BV, Ffm • Michael Koch — Lehrer, Abendgymnasium 1, Ffm« Jiri Kosta — Professor, Universität Ffm • Leitendes Gremium des Kommunistischen Bundes • U. Kummetat — GEW-BV, Ffm • G. Maneche — Vorsitzender des MSB Spartakus Ffm • Angelika Marx — ÖTV-VF, Ffm • Reinhard Mohr — AStA-Mitglied, Universität Ffm • Jacob Moneta, ehemaliger Chefredakteur der „Metall"-Zeitung» J. Nowock — Assistent, Universität Köln • ÖTV-Vertrauensleutevorstand Universität Ffm (Kernbereich) • Claus Offe — Professor, Bielefeld • OSI-Initiative (Otto-Suhr-Institut), Wbln • Studentenvollversammlung der Pädagogischen Hochschule, Wbln • Sibylle Plogstedt — Redaktionsmitglied Courage, Wbln • Radikal — Sozialistische Zeitung für Westberlin • Jan Rehemann — ADS, Wbln • Werner Röhrig — Mitglied des GEW-LV Hessen • Jürgen Roth - Publizist, Ffm • L. Rothebacher - ÖTV-VM, Ffm • T. Ruiz — ÖTV-VM, Universitätsbibliothek Ffm • Ali M. Sadrzadeh - Mitglied der CISNU, Ffm • Bekir Saydam — Generalsekretär der KOMKAR-Föderation der kurdischen Arbeitervereine in der BRD, Ffm • Armin Scheil — ÖTV-Kreisdelegierter, Personalratsmitglied an der Universität Ffm • Otto Schily - Rechtsanwalt, Wbln • R.Schmidt - GEW-BV, Ffm • Dirk Schneider — Abgeordneter der Alternativen Liste in der BVV Kreuzberg, Wbln • Alexander Schubart — Grüne Liste Hessen • Artur Schweitzer — Landesdelegierter der ÖTV Hessen, Personalratsmitglied an der Universität Ffm • Jürgen Seifert — Professor, Hannover • Sozialistischer Frauenbund, Wbln • Spartacusbund • Jochen Staadt — Langer Marsch, Wbln • A. Steindreischer-Viesel — Mitglied des GEW-LV Hessen • Rudi Steinke — Langer Marsch, Wbln • H. Stemmler — stellvertretender Vorsitzender des GEW-BV Ffm • Hans Stüdemann — Studienkolleg für ausländische Studierende an der FU Berlin • Studentenparlament der TU Wbln • Achim Szepanski — Langer Marsch, Mainz • Jan v. Trott — Vorsitzender der Jungsozialisten Ffm • „Vietnam und die Linke"-Veranstaltung, Wbln, 4. Februar • Verein vietnamesischer Studenten, Wbln • M.R. Vogel — Professor, Universität Ffm • Gisela Walter — ÖTV-Landesdelegierte, Rhld.-Pfalz • M. Wentz — Vorsitzender der Jungsozialisten Hessen • Marianne Wittmann - ÖTV-VF, Ffm • Ulf Wolter - Verleger, Wbln • Erich Wulff — Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft SR Vietnam-BRD • Peter Paul Zahl - Schriftsteller, Wbln

Folgende Personen, Organisationen und Gremien haben Protesterklärungen ähnlichen Inhalts verabschiedet:
Bolschewistische Fraktion, Schweden • DKP Frankfurt • Ergatiki Protoporia (Arbeiteravantgarde), Griechenland • GIM Osnabrück, Tübingen, Wbln • Ali Gronner für die „Gruppe Commune", österreichische Sektion der RMF • Gruppe Sozialistische Aktion, Österreich • Halkevi, Türkisches Volkshaus Ffm • Oskar Hippe — Spartakusmitglied seit 1916, KPD, Linke Opposition • Initiativkomitee gegen türkische Faschisten, Wbln • Internationale Kommunistenbond, Niederlande • Iran-Koordinationsausschuß, Wbln • Kommunistiska Arbetarförbundet, Schweden • Liga Comunista de Chile (Secretariado Exterior) • Osnabrücker Volksblatt • Spartacusbund Münster, Stuttgart • Versammlung der Anti-Strauß-Initiative, Ffm.

BV — Bezirksvorstand; LV — Landesvorstand VF — Vertrauensfrau; VM — Vertrauensmann

hatten sich die Angreifer um die TLD herumgruppiert, so daß der Angriff keinesfalls überraschend kam. Die anwesenden Mitglieder des Spartacusbundes, die diese Entwicklung beobachtet hatten und die TLD verteidigen wollten, wurden ebenfalls mit den Rufen ‚Trotzkisten raus'aus dem Saal gejagt.“.
Und der Kommunistische Bund schreibt:
„Auch daß die TLDler mitunter provokativ auftreten und auch uns schon oft auf die Nerven gefallen sind, ändert nichts an der Tatsache, daß von den beteiligten stalinistischen Organisationen mit einer durch und durch zynischen Argumentation Mord-Terror gegen Trotzkisten befürwortet wird“ *{Arbeiterkampf* 171,11. Februar). Solche Stellungnahmen haben nichts mit der Frage der politischen *Nähe* des KBs oder Spartacusbundes zu uns zu tun, sondern gehen einfach von den elementarsten Geboten der Arbeiterdemokratie aus. Wir lehnen beispielsweise entschieden den kleinbürgerlichen Moralismus des Spartacusbundes ab, der uns auffordert, unsere Anzeige wegen versuchten Mordes (im Fall Fred Z.) zurückzuziehen. Der Spartacusbund sagt, die Täter seien „Linke“. Es ist aber nicht links, Kommunisten umzubringen (oder es zu versuchen). Das gilt für den Mord an Liebknecht und Luxemburg, für den Mord an Trotzki, für den Mordversuch an Fred. Trotzkisten waren für die Verurteilung von Ramon Mercader (Trotzkis Mörder) und bedauern nur, daß er bloß 20 Jahre in einem mexikanischen Gefängnis verbracht hat — um dann auf Kuba als freier Mann zu sterben.

Die Zentrale der durchfraktionierten GIM versucht krampfhaft, eine Politik der „Quarantäne“ gegenüber unserer trotzkistischen Kritik durchzuführen. Der Ausschluß der TLD aus öffentlichen Veranstaltungen der GIM sowie die versuchte Sabotage unserer Aktionseinheit zur Verteidigung der Arbeiterdemokratie sind Symptome dieser verzweifelten Abschottungspolitik. Dieses Verhalten ist feiger und sektiererischer Opportunismus. In diesem Fall bedeutet diese Feigheit zusätzlich Heraufbeschwören von Lebensgefahr — und nicht nur für die Mitglieder der TLD. Die Messerstecherkoalition identifiziert Trotzkismus mit Faschismus. Meint Ihr, Genossen der GIM, daß sie säuberlich trennen werden zwischen den „harten“ und den „weichen“ Trotzkisten?

Wir veröffentlichen im folgenden auszugsweise einen Protestbrief von Wolfgang Hohmann, Mitglied des ZKs der TLD und in den Jahren 1960—69 Mitglied der Vorläuferorganisation der GIM, an die Redaktion von *was tun.* Nicht gerade zu unserer Überraschung wurde dieser Brief nicht abgedruckt.

OFFENER BRIEF AN DIE REDAKTION VON *WAS TUN* UND DAS POLITISCHE BÜRO DER GRUPPE INTERNATIONALE MARXISTEN

Frankfurt ,15. Februar 1980

Werte Genossen,
Euer Artikel „Afghanistan-Veranstaltung endet mit Messerstichen“ in *was tun* Nr. 284 vom 7. Februar ist hanebüchen. Der Tenor des Artikels ist der eines entsetzten Kleinbürgers, der händeringend über „Methoden der politischen Auseinandersetzung“ jammert, dabei die Schuld auf Angreifer und

Polizei raus aus der Uni! Keine Veranstaltungsverbote!

Das folgende Flugblatt wurde von der Universitätsfraktion der TLD Ende Februar an der Frankfurter Universität verteilt. Der „Ajatollah“ aus dem zehnten Stock des Juridicums hat wieder zugeschlagen. Letzte Woche wurden die Zwischenprüfungsklausuren am FB 2 unter der bedrohlichen „Aufsicht“ von zwei Hundertschaften Polizei geschrieben. Der Anlaß für diesen massiven provokativen Einsatz der Prügelgarde der Bourgeoisie? Studenten hatten sich gegen ein Formblatt gewehrt, das eine Verschärfung der Prüfungsbedingungen bedeutete. Um „Störungen“ zuvorzukommen, rief Unipräsident Keim nach den bürgerlichen Rollkommandos. Die Haltung von Revolutionären gegen den Einsatz von Polizei an der Uni ist eindeutig und kompromißlos: Die TLD war die *einzige* Organisation, die im Dezember '79 erfolgreich gegen Egbert Jahns Polizeipropagandaforum mobilisierte. Es wurde abgesagt. Wie wir damals schrieben: „Die Polizei hat nur eine Aufgabe: .Recht und Ordnung' im Sinne des bürgerlichen Staates aufrechtzuerhalten und mit ihren Waffen gegen die Linke und Arbeiterbewegung vorzugehen. Polizei raus aus dem DGB!“ Polizei raus aus der Uni!

Machte der Sponti-AStA im Dezember noch Werbung für die reaktionäre Polizeipropaganda, so war seine Antwort auf diesen Einsatz seiner „Diskussionspartner“ ähnlich skandalös: Er feierte Karneval und legte praktisch die Hände in den Schoß! Er tat nichts zu einer *ernsthaften* Mobilisierung gegen Keim und seine Handlanger. Flugblätter, Boykott-Postenketten, Aktionseinheit von Linken und der Gewerkschaft ÖTV? Keine Spur. Die als Feigenblätter fungierenden Presseerklärungen sind nichts als zynische bankrotte Manöver, um sich feige aus der Affäre zu ziehen. Die Botschaft der AStA-Bürokraten an alle diejenigen, die wirklich gegen diese Versuche, die Uni zu militarisieren, *handeln* wollen, ist klar: Bleibt zu Hause und lest alles hinterher in der Zeitung ...

Schon seit längerer Zeit versucht die Bourgeoisie an den Unis das HRG durchzusetzen auf Kosten von Arbeitern, Studenten und Ausländern. Keim trägt seinen Teil dazu bei. Letzten Sommer Einschränkung der Plakatiermöglichkeiten, November '79 Raumverbot für den Kampucheakongreß von KBW/KPD/MLD, die Messerstiche von Maostalinisten/Moslemfanatikern gegen die TLD im Januar - all das nahm Keim zum willkommenen Vorwand, ein generelles Verbot für politische Veranstaltungen zu „erwägen“. Sprach's und verbot die für den 15. Februar angesetzte Olympiaboykottveranstaltung der Fachschaft Wirtschaftswissenschaften. Obwohl alle diese Veranstaltungen eine antikommunistische Stoßrichtung trugen und im Einklang mit der Hetze von Carter/NATO gegen die UdSSR standen, verteidigt die TLD das Recht auf Freiheit der Propaganda für die Linke und Arbeiterbewegung. So haben wir im Dezember auf einer VV als einzige gegen das Raumverbot (für den Kampucheakongreß) protestiert, genauso haben wir Keims „Erwägungen“ sofort scharf zurückgewiesen. Der AStA rührt keinen Finger gegen diese Angriffe, sogar zu Selbstverteidigung sind diese Spontis nicht in der Lage. Im Gegenteil, der AStA zahlt seit über zwei Jahren für politische Flugblätter 2000 DM Ordnungsgeld ...

Während Hunderte von Gewerkschaftern, u. a. der IG-Metallsekretär für Ausländer in Westberlin, linke Ausländerorganisationen wie Komkar, Halkevi, Sozialisten, Studenten, gegen den mörderischen Überfall von ATIF/ATÖF, GUAfS protestierten, hat der Sponti-AStA immer noch die Position: Angreifer gleich Angegriffene. Aber die Messerstecherkoalition ist noch übler. Sie verleumdet uns, wir würden eine Ausländerdiskrirninierung provozieren. Aber angesichts dieser Lügenkampagne können wir nur kategorisch und empört fest stellen: Wer hat Keim mit Messerstichen den Vorwand für Repressalien geliefert? Durch ihre stalinistischen Gangstermethoden trägt sie mit die Verantwortung für den Versuch der Bourgeoisie gegen die *gesamte* Linke und vor allem Ausländer vorzugehen. Die Versuche dieser Maostalinisten/ Moslemfanatiker, mit ihrem Terror die Meinungsfreiheit zu knebeln, sind genauso reaktionär wie Keims Anstrengungen, die Linke zum Schweigen zu bringen. Schluß mit dem islamischen und stalinistischen Terror an der Uni! Die TLD hat eine lange Tradition des Kampfs gegen Ausländerhetze. Wir verteidigten als erste die iranischen Demonstranten im Winter '78 gegen drohende Ausweisungen. Für gemeinsame Aktionen von deutschen und ausländischen linken Organisationen gegen Propagandaverbot und Ausländerhetze! Genauso wenden wir uns jetzt gegen die Versuche, Ausländer von der Uni durch Zulassungsbeschränkungen fernzuhalten. Für ausreichende Stipendien für ausländische Studenten! Weg mit den Zulassungsbeschränkungen!

Die Politik des Sponti-AStA ist eine demoralisierende Niederlagenpolitik, die den dreisten Attacken von Keim nichts entgegensetzt. Wir als Kommunisten bieten eine Kampfperspektive. Der Kampf an der Uni gegen die zunehmende Repression muß verbunden werden mit dem Kampf der Arbeiterklasse gegen die Unterdrückung und Ausbeutung durch die Bourgeoisie. Deshalb wollen wir Studenten für das revolutionäre Programm des Trotzkismus gewinnen, für das Programm der proletarischen Revolution!

- *Keine Polizei an der Uni!*
- *Keine Einschränkung der Propagandafreiheit für die Linke und den AStA an der Uni!*
- *Weg mit den Zulassungsbeschränkungen für ausländische Studenten!*
- *Mobilisierung von ÖTV, der Linken, Studenten und Dozenten gegen Keim und Polizei!*
- *Für den Sturz des Sponti-AStAs!*
- *Für den Aufbau der trotzkistischen Partei!*

Offener Brief . . .

Fortsetzung von Seite 14

Angegriffene gleichmäßig verteilend...

Wollt Ihr einfach nicht sehen, daß hier von politischen Gangstern ein Präzedenzfall geschaffen wurde, der an Brutalität in der bisherigen Geschichte der westdeutschen Linken einmalig ist: ein vorsätzlicher Überfall, der in einem Mordanschlag gipfelte? Und könnt Ihr nicht die *für die gesamte Linke* lebenswichtige Notwendigkeit sehen, einen solchen unerhörten Angriff mit größter Entschlossenheit zurückzuschlagen? Könnt Ihr Euch nicht daran erinnern, daß der Überfall von KPD/ML und KPD auf Eure eigene Veranstaltung zur Außenpolitik der VR China 1975 in Westberlin durch eine organisierte Kampagne beantwortet worden ist, an der die TLD nicht unwesentlich beteiligt war, und daß damals die Angreifer politisch in die Defensive gedrängt und sogar zu verschämter Selbstkritik gezwungen worden sind?

Damals habt Ihr eine - von uns eingebrachte — gemeinsame Erklärung mit der TLD und dem Spartacusbund verabschiedet. Damals war Euch noch klar, daß nur mit dem Mittel der *Aktionseinheit* einer Wiederholung stalinistischer Gangsterangriffe ein Riegel vorgeschoben werden kann. Lag das daran, daß Ihr damals selbst die „Hauptbetroffenen" wart? Seid Ihr diesmal nicht betroffen? Kann sich Eure „Betroffenheit" heute nur darin äußern, daß Ihr den Telefonhörer auflegt, wenn Ihr von uns angerufen werdet? ...

... Wir jedenfalls halten die Selbstverteidigung von Revolutionären gegenüber bewaffneten Angriffen für genauso unerläßlich wie es für militante Streikposten unerläßlich ist, die Streiklinie gegen Streikbrecher mit allen Mitteln zu verteidigen.

Leider — und wir betonen es noch einmal: leider — hatte nur ein Genosse, nämlich Fred Z., überhaupt die Möglichkeit, zu einem Stock zu greifen, als er von mehreren Seiten angegriffen wurde. *Kein Mensch hat vorher einen Stock zu Gesicht bekommen.* Fred befand sich zu diesem Zeitpunkt von allen unseren Genossen am weitesten vom Podium entfernt und mit dem Rücken zu diesem. Als er durch Schläge in die Lebergegend zusammengeschlagen worden war — in diesem Moment hat er möglicherweise auch den Messerstich erhalten — ist ihm der Stock entfallen. Zwei weitere Stöcke sind ihm von Angreifern aus seiner Umhängetasche gezogen worden.

Genossen, wir finden es beschämend, in dieser Ausführlichkeit auf solche Einzelheiten eingehen zu müssen, und. wir tun es mit Zorn und Verachtung. Wir fordern Euch auf: lest sorgfältig das Hetzflugblatt der stalinistisch/islamischen Gangsterkoalition; lest andererseits die Presseerklärung des KB und den Artikel im letzten *Arbeiterkampf (Nr.* 171, 11. Februar), lest noch einmal unsere Presseerklärung und lest unsere Flugschrift. Und seht Euch danach Euren Artikel an. Nehmt unsere Meinung hierzu zur Kenntnis: Halbwahrheiten sind keine halben Wahrheiten, sondern ganze Lügen!

Genau im Windschatten der verlogenen AStA-Version operiert jetzt die stalinistisch/islamische Koalition. Bei denen sind aus den Stöcken schon „Holzknüppel und Messer" geworden, „die in ihren Mänteln und Kleidung versteckt waren". Sie behaupten, „daß die TLDler die Leute auf dem Podium mit Waffen, die sie genau zu diesem Zwecke mitgebracht hatten, angegriffen haben. Die Leute auf dem Podium haben den TLDlern die Waffen weggenommen und haben sie aus dem Saal begleitet." Solche Lügen frechster Art zu verbreiten, das können diese Leute nur wagen, weil sie berechtigte Hoffnungen hegen können, daß „die Leute auf dem Podium", also vor allem der AStA und der KBW, dem nicht entgegentreten werden. Die Front scheinheiliger Neutralität, in die auch Ihr Euch eingereiht habt, benutzen die Schläger und Messerstecher als Sprungbrett ihres Lügenangriffs.

Euer Artikel steht in krassem Widerspruch zu der unzweideutigen Protestresolution, die auf der Nationalen Konferenz der GIM am 2. Februar verabschiedet wurde. Diese Resolution druckt Ihr *nicht* nach, sondern schlagt mit Eurem Artikel dem demokratischen Zentralismus voll ins Gesicht. Bisher haben jedoch zwei Ortsgruppen der GIM (Tübingen und Berlin) Protesterklärungen selbst verfaßt und an die TLD weitergeleitet. Der Artikel richtet sich also gegen die eigene Mitgliedschaft, die von diesem verlogenen Manöver ihrer Führung" abgestoßen sein muß.

Wir fordern Euch auf, diesen Brief zusammen mit der von Eurer NK verabschiedeten Protestresolution in der nächsten Ausgabe von *was tun* abzudrucken.

Mit kommunistischen Grüßen
Wolfgang Hohmann
für das ZK der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Der vollständige Text des Offenen Briefes kann gegen Einsendung von 0,60 DM Porto über die Redaktionsanschrift bezogen werden.

Nieder mit dem „Times"-Urteil

Die Verurteilung der IG Druck zur Zahlung von 58 200 DM ist ein empörendes Urteil, das von der gesamten Arbeiterbewegung bekämpft werden muß.

Die Bestreikung der TER-Druckerei, um die Produktion der Streikbrecher-Times zu verhindern, war ein elementarer Akt internationaler gewerkschaftlicher Solidarität. Der Gewerkschaft wird mit diesem Urteil auch das Recht beschnitten, überhaupt Streikposten vor anderen Betrieben, sog. fliegende Streikposten, aufzustellen.

Das Urteil des Frankfurter Landgerichts zeigt, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht auf den bürgerlichen Staat und dessen Organe vertrauen darf, sondern auf ihre eigene Kraft bauen muß.

Leninistische Fraktion ausgeschlossen

Streikbrecher Thornett säubert WSL von Trotzkisten

Auf einer außerordentlichen nationalen Konferenz am 12. Januar führte die britische rechtszentristische Workers Socialist League (WSL) eine bürokratische Säuberungsaktion gegen eine linke Opposition durch, die Leninistische Fraktion (LF). Dies ist die bedeutendste Abspaltung von der WSL seit dem Frühjahr 1978, als die Trotzkistische Fraktion (TF) austrat, um kurz darauf mit der London Spartacist Group zu fusionieren und die Spartacist League/Britain (SL) zu gründen.

Von den ausgeschlossenen fünf LF-Mitgliedern (dazu kommt noch ein Sympathisant der Fraktion, der aus Solidarität unmittelbar nach den Ausschlüssen aus der WSL austrat) waren drei Mitglieder des Nationalkomitees (NK), darunter der Nationalsekretär der WSL-Jugendgruppe, der Socialist Youth League (SYL). Zwei LFer waren Redakteure der WSL-Zeitung *Socialist Press,* andere waren Mitglieder oder ehemalige Mitglieder von Regionalleitungen in London, Oxford und Yorkshire. Vor zwei Jahren waren die meisten dieser Kader aktive Kämpfer gegen die Trotzkistische Fraktion. Einer von ihnen, Mark Hyde, war sogar der Mitverfasser des einzigen ernsthaften Versuchs einer Antwort der damaligen WSL-Mehrheit auf die TF. Heute haben diese Kader das Programm und die bisherige Geschichte der WSL noch einmal überprüft und für bankrott befunden.

Die bürokratische Begründung für den Ausschluß war, die LF sei nicht mehr länger in „signifikanter Übereinstimmung mit der politischen Linie oder Orientierung“ der Organisation. In der Tat: zu Iran stellte sie proletarische Opposition zum Schah und genauso zu den Mullahs der Politik der Mehrheit entgegen, die die reaktionäre islamische Revolte als einen Teil der „Vorwärtsbewegung der Arbeiterklasse“ hochjubelte. Mit der Forderung, in den Gewerkschaften auf der Basis eines revolutionären Programms zu kämpfen, griff die LF den Ökonomismus, Minimalismus und die vorgetäuschte „Massenarbeit“ der Mehrheit an. Und die LF lehnte rundweg die opportunistische Anbiederei der Führung an Scharlatane wie Ernest Mandel und Nahuel Moreno ab und rief stattdessen zum Kampf für die Neuschmiedung der Vierten Internationale durch einen programmatischen Kampf gegen die pseudotrotzkistischen Irreführer auf.

Die Dokumente der LF zeigen, daß sie sich ernsthaft mit den programmatischen Schlüsselfragen beschäftigt, vor die die Arbeiterklasse gestellt ist. In solchen Fragen wie Volksfront, nationale Frage, Labour Party, kommunistische Gewerkschaftsarbeit und die Notwendigkeit der Neuschmiedung der Vierten Internationale durch einen Kampf für das trotzkistische Programm beweisen sie eine gesunde revolutionäre Herangehensweise und offensichtliche programmatische Parallelen mit den Positionen der internationalen Spartacist Tendenz (iST). Das wirft natürlich die Möglichkeit einer tiefgreifenden Fusion der SL mit dieser Gruppe von ernsthaften Kadern mit gründlicher politischer Erfahrung auf.

Ursprünge der Leninistischen Fraktion

Die LF hatte ihren Ursprung in der Linken Tendenz (LT), die von den NK-Mitgliedern Mark Hyde, Phillip Moore und Di Parkin im Mai 1979 gebildet wurde. Der Anlaß war zunächst die Frage um den Kampf für die Neuschmiedung der Vierten Internationale. Die WSL glaubt nämlich, daß es eine „trotzkistische Weltbewegung“ unter Einschluß solcher Renegaten wie Mandel, Barnes, Lambert und Moreno gibt, womit sie ihren Anspruch, den „Pabloismus zu bekämpfen“, als bloße Roßtäuscherei entlarvt. Sie sehnt sich mit einer rührenden Naivität nach der „Rekonstruktion“ der Vierten Internationale durch diplomatische „Diskussionen“ mit solchen professionellen zentristischen und reformistischen Verrätern. Im Gegensatz dazu forderte die LT „einen Kampf, eine genuine demokratisch-zentralistische Vierte Internationale gegen die Pseudo-Internationalen der Zentristen wiederaufzubauen“.

Die frühen Dokumente der LT sind in einigen Aspekten mit Fehlern behaftet (vor allem in der Charakterisierung solch virulenter Sozialdemokraten wie Lambert - und sogar des professionellen Provokateurs im Dienste Ghaddafis, Gerry Healy — als „Zentristen“). Außerdem sind sie unausgeglichen und lückenhaft. Während festgestellt wird, daß die WSL weit davon entfernt ist, eine „klare revolutionäre Perspektive und ein klares Programm“ zu haben, fehlt ihnen selbst eine abgerundete programmatische Perspektive.

Ende Juni unternahmen zwei WSL-Leitungsmitglieder, Alan Clinton und John Lister, einen jämmerlichen Versuch, auf die Oppositionellen zu antworten. Sie warfen ihnen vor, Spartacist-Positionen „nachzubeten“ und gingen so weit, den Kampf des Internationalen Komitees gegen das pabloistische Liquidatorentum in den fünfziger und frühen sechziger Jahren explizit abzuerkennen. Sie behaupteten, daß es sich bei der Spaltung in der Vierten Internationale 1953/54 „auf allen Seiten“ um „Zentristen“ gehandelt habe. Auch die WSL stellten Clinton und Lister nicht als eine orthodoxe trotzkistische Alternative zu den Pabloisten und anderen Revisionisten dar:

Leninist Faction bulletin

From centrism to Trotskyism

A bulletin containing all the documents of the expelled Leninist Faction and an introduction on the fight inside the WSL

(approx 80 pages — £1 including postage)

Orders to:
Leninist Faction, BM Box 380, London WC1V 6XX


Spartacist Britain

Streikbrecher Alan Thornett

„...wir betrachten unsere Bewegung als *einen Teil* der Nachkriegskrise der Internationale“ (Hervorhebung im Original).

Die ganzen nächsten Monate hindurch verfolgte die WSL-Führung die Logik ihrer Umarmung der „trotzkistischen Weltbewegung“ durch immer schamlosere Manöver, die darauf abzielten, mit den großen Tieren des Pseudotrotzkismus ins Geschäft zu kommen. Zuerst schlug WSL-Führer Thornett einen Pakt mit Mandels Vereinigtem Sekretariat (VS) vor, um die „objektive Möglichkeit“ einer Fusion zu prüfen. Einige Monate später überstürzte sich das Nationalkomitee, um die Initiative für ein Paritätisches Komitee, den verrotteten Block von Lambert und Moreno, zu „begrüßen“. Heute ist die Bilanzsumme all dieser opportunistischen Anbiederungen gleich Null. Vielmehr hängt die WSL zusammen mit ihrem traditionellen subreformistischen Zwergpartner in den USA, der Socialist League (Democratic-Centralists) und einer sogar noch kleineren dänischen Gruppe in einem „Verbindungskomitee“ herum. Dazu kommt noch die italienische GBL, die sich die Hochachtung Thornetts erworben hat, weil sie für ihre Kapitulation vor der Volksfront einen anspruchsvolleren Deckmantel zu produzieren verstand, als die WSL aus eigener Kraft in der Lage gewesen wäre.

Streikbruch bei Cowley

Aber den größten Aufruhr in der WSL verursachte während dieser Zeit eine andere Frage. Der WSL-Führer Alan Thornett ist zugleich stellvertretender Vorsitzender der Shopstewardversammlung der Autofabrik von British Leyland in Cowley. Er entschied sich zum Streikbruch, als er während der nationalen Streikaktionen der Metallarbeiter, die letzten Sommer mehrere Wochen lang jeweils ein oder zwei Tage streikten, mit einer reaktionären, streikfeindlichen Mobilisierung rückständiger Arbeiter in seiner Fabrik konfrontiert wurde (siehe *Spartacist Britain* Nr. 15, Oktober 1979).

Ja, Informationen der LF machen deutlich, daß Thornetts Rolle sogar noch abscheulicher war, wenn so etwas überhaupt möglich ist, als es damals erschien. Denn Thornetts übliche Blockpartner in der Gewerkschaftsführung der Fabrik, darunter der dienstälteste Shopsteward, Bob Fryer, *wollten* eine Streikpostenkette, um die Streikbrecher zu stoppen. Thor-nett mußte *gegen* sie kämpfen, um sie *zum Streikbruch zu bewegen.* Fryer und andere waren zu der Zeit völlig zu Recht mehr darum besorgt, einen nationalen Streik aufrechtzuerhalten, als eine Gefährdung ihrer Gewerkschaftsposten abzuwenden. Thornett charakterisierte sie innerhalb der WSL als „Syndikalisten“, die nicht verständen, daß alles nur eine „Frage der Führung“ sei!

Anfänglich traf Thornetts Streikbruch auf einen breiten Widerstand in der WSL (darunter auch bei anderen Cowley-Arbeitern). Aber obwohl einige WSLer bei Cowley es hinnehmen mußten, von langjährigen Gewerkschaftern als Streikbrecher gebrandmarkt zu werden (sogar von Elementen in der Bürokratie, die eine gute Gelegenheit witterten, ein Teil von Thornetts reichlich unverdientem Renommee zu zerstören), fielen die meisten der beunruhigten WSLer wieder ins Glied zurück. Für die LT jedoch bewies der Fall Cowley endgültig auch für Britannien, was die Unterstützung von Chomeinis Bewegung in Iran durch die Führung international demonstriert hatte: die WSL war da, wo die unbedingte Notwendigkeit von Prinzipien mit ihren opportunistischen Gelüsten kollidierte, durchaus bereit, die Klassenlinie zu überschreiten und *Verrat* zu üben.

WSL schließt Leninistische Fraktion aus

Thornett & Co. zogen ebenfalls ihre Schlüsse. Als sie bemerkten, daß die LT auf dem Weg zu einer entwickelten programmatischen Kritik war, gingen sie in die Offensive. Sie benutzten einen Beitrag von Mark Hyde auf einer Sitzung des Nationalkomitees am 12. November, der das Paritätische Komitee von Lambert und Moreno als verrotteten Block bezeichnete, als Vorwand. Die Führungsmehrheit präsentierte ein Ultimatum: die LT hätte drei Wochen Zeit, um Material zu erstellen, das ihre „Punkte der Übereinstimmung mit der WSL und die Punkte der Nichtübereinstimmung mit der iST“ darlegen sollte. Als Antwort auf dieses bürokratische Manöver, das dazu diente, harte organisatorische Grenzen zu ziehen und die Bedingungen für Hexenjagd und Ausschluß zu legen, bildete sich die LT in die Leninistische Fraktion um. Sie stellte dabei klar, daß jetzt ein ausgewachsener Fraktionskampf um die Prinzipien des Leninismus/Trotzkismus anstand.

Das Gründungsdokument der LF, „Zentrismus oder Bolschewismus — die WSL muß sich entscheiden“ erklärte, die Fraktion sei „noch nicht in der Lage, eine endgültige Einschätzung der Politik der iST abzugeben“, solidarisierte sich aber mit der Hauptstoßrichtung der Spartacist-Positionen zu Iran, Irland, Opposition zur Volksfront und der Notwendigkeit der Perspektive einer kämpfenden Propagandagruppe. Zum erstenmal boten die Oppositionellen eine abgerundete programmatische Kritik und Alternative gegenüber dem Zentrismus der WSL-Mehrheit.

Die Führung reagierte mit der Durchpeitschung der Suspendierung der LF, und für die folgenden sechs Wochen wurden sie systematisch von allen internen Aktivitäten der WSL ausgeschlossen (sogar von einigen vorgeblich „öffentlichen“). Phillip Moore wurde von seinem Posten als Nationalsekretär der (angeblich autonomen) Socialist Youth League „vorübergehend entfernt“. Und das, obwohl der LF niemals zuvor Gelegenheit gegeben worden war, innerhalb der Jugendorganisation der WSL ihre Positionen zur Diskussion zu stellen! Vom internen Leben der Organisation abgeschnitten, war die LF gezwungen, ihre Dokumente außerhalb von Sit-

zungen an Mitglieder zu geben — sogar mit dem Risiko des Ausschlusses — um die Hexenjagd und Isolierung zu durchbrechen. Der Schlußpunkt kam dann am 12. Januar. Nachdem zunächst zwei mit der LF sympathisierende Mitglieder der Jugend ausgeschlossen worden waren und danach das Recht zu jeglicher Diskussion verweigert worden war, machte die Führung kurzen Prozeß und zog auf der Sonderkonferenz ihre Säuberung durch.

Der Abstieg der WSL auf das Niveau einer solchen politischen Hexenjagd spiegelt recht gut den verzweifelten Zustand einer zum Untergang verurteilten Strömung wider. Nach Angaben der LF rekrutiert die Organisation auf einer immer unpolitischeren Basis und der Anteil von inaktiven „Karteileichen" ist im Anstieg.

Der einzige Versuch von Thornett & Co., auf die politischen Argumente der LF eine „Antwort" zu geben, besteht aus ein paar jämmerlichen Seiten, die auf der Ausschlußkonferenz verteilt wurden. Sie sind voller Verleumdungen einschließlich der abscheulichen Hetze gegen die iST, wir handelten wie Polizeiagenten. Unter Rückgriff auf den Bodensatz des healyistischen Schmutzkübels wird in dem Dokument erklärt:

> „Die iST handelt jetzt als Provokateur in der trotzkistischen Bewegung, um ihre Existenz zu rechtfertigen. Sie spielt diese Rolle so nützlich, wie es jeder Geheimdienst in der Absicht tun würde, jeden organisierten Widerstand gegen die Reformisten und Stalinisten zu brechen" (WSL Internal Discussion Bulletin, Neue Serie Nr. 4, Januar 1980).

WSL-Mitglieder, die wirklich den Weg zur proletarischen Revolution suchen, werden sich weder von solch ekelhaftem Blödsinn abschrecken lassen, — noch von den jüngsten Drohungen der Führung, SL-Mitglieder gewaltsam von Veranstaltungen und Aktivitäten fernzuhalten. Solche Methoden werden Thornetts degenerierte Organisation nicht retten. Was von dem Nationalkomitee nach dem Ausschluß der LF übrig geblieben ist, ist ein unstabiles Konglomerat von verhärteten Reformisten und Zentristen jeder Couleur, die jetzt nicht mehr von der gemeinsamen Opposition gegen die LF zusammengehalten werden. Zwei Jahre nach der Abspaltung der TF ist der WSL wieder eine wichtige Schicht von Kadern verloren gegangen. Darunter sind einige, die ursprünglich über Umgruppierungen aus der International Marxist Group und den International Socialists 1975 zur Organisation gestoßen sind. Mit dem Abgang dieser Aktivisten hat die WSL jetzt all das wieder verloren, was sie damals durch Umgruppierungen gewonnen hatte, als sie als eine attraktive angeblich orthodoxe Alternative zu IMG und IS erschien. Alan Thornetts kleinkarierte arbeitertümelnde WSL ist sicherlich noch nicht am Ende der internen Krisen und Auseinandersetzungen angelangt, worauf die LF ausdrücklich in ihrem letzten Dokument hinweist:

> „ Sollten die von den führenden Genossen angedrohten Ausschlüsse durchgeführt werden, braucht die WSL nicht lange zu warten, bis sie sich einem neuen Kampf (vielleicht die Swerdlow-Fraktion!?) gegenübersieht und noch weiteren mehr. Der Grund für diese Prognose liegt auf der Hand: der unstabile und degenerierte Zentrismus wird immer wieder von bolschewistischer Politik angegriffen werden und sich in die Ecke gedrängt sehen. Und darauf wird er keine politische Antwort geben können. Dieses Problem wurde implizit von der Genossin Dettie Clinton anerkannt, als sie auf der ‚Sonderkonferenz' vom 1.12.79 fragte .Warum hört das für uns nie auf?',„ („Der Kampf für das proletarische Programm", 11. Januar 1980).

Warum? Weil subjektiv revolutionäre Mitglieder der WSL zu der Erkenntnis gelangen, daß die insulare „Klein-England"-Mentalität, völlige programmatische Verwirrung, mit Hochstapelei kombiniertes organisatorisches Chaos und periodischer ungeschminkter *Verrat* an den Interessen des Proletariats nicht einfach „Probleme" sind, sondern genau *das ausmachen, was Zentrismus bedeutet.*

Die Zukunft der WSL sieht wirklich düster aus. In London und Yorkshire ist sie schwer geschwächt, über den Aufruhr des Fraktionskampfes hat sie weitere wichtige Mitglieder verloren — und was macht die Führung? Sie versucht in ihrem letzten Dokument einen alten Trick. In der schon bekannten Tradition von 1978, wo sie den Verlust von einem Fünftel der aktiven Mitgliedschaft als einen „Schritt vorwärts" beschreibt, versucht sie es jetzt mit Latrinengerüchten über die Oppositionellen, die „vor dem schweren Kampf in der Arbeiterbewegung davonlaufen", „demoralisiert sind" usw. Doch selbst Clinton und Lister hatten die LFer kurz zuvor noch als „hart arbeitende und loyale Mitglieder" bezeichnet, und auf der Ausschlußkonferenz sah sich Lister gezwungen, von einer „tragischen Verschwendung (sie!) von Fähigkeit und Talent" zu sprechen.

Der von der Trotzkistischen Fraktion beschrittene Weg, der jetzt von der LF-nachvollzogen wurde, ist der einzige für WSL-Mitglieder, die den Weg zur proletarischen Revolution suchen. Der Kampf der LF bedeutet auch international eine Lehre für zukünftige Revolutionäre. Das Schlußdokument der LF solidarisiert sich mit den neun Punkten der iST für internationale trotzkistische Umgruppierungen (siehe *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 26: „Wovor hat der Spartacusbund Angst?"). Die LF hat ihre Absicht erklärt, für diese programmatischen Punkte zu kämpfen. Die Fraktion hat ihre Bereitschaft ausgedrückt, auch mit anderen Gruppierungen zu diskutieren, um ihre Positionen weiter zu überprüfen und andere Standpunkte genauer kennenzulernen. Gegenwärtig bereiten die LF und die SL Diskussionen zu noch ausstehenden Fragen vor. Ihr Kampf innerhalb der WSL war in der Tat ein weiterer „Schritt vorwärts" für den Trotzkismus.

Übersetzt aus Spartacist Britain *Nr. 18, Februar 1980*



Mit Bericht und Dokument zur Ersten Delegiertenkonferenz der internationalen Spartacist Tendenz!

DM

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/M. 1
Pschk. Ffm 119 88-601 (W. Hohmann)

Stahlstreik...

Fortsetzung von Seite 24

stoßen ist. SL-Flugblätter, in denen die BL-Arbeiter zu gemeinsamen Streikaktionen mit den Stahlkochern aufgefordert wurden, wurden auf Anschlagtafeln innerhalb des Werks angepinnt. Auf Kundgebungen in Rotherham, Sheffield, und auf der ca..100 000 Mann starken Massendemonstration am 9. März in London riefen Stahlarbeiter gemeinsam mit den Demonstrationsblöcken der SL und deren Anhängern „Für einen Generalstreik!". Studentische Spartacist-Anhänger haben Streikgelder gesammelt und Kundgebungen mit Rednern von Streikkomitees abgehalten, um Unterstützung für den Streik zu organisieren. Andere Spartacist-Anhänger haben viele, viele Stunden dafür verwandt, um bei der Bildung von Streikpostenketten zu helfen, und haben sich wirkliche Anerkennung und eine aufmerksame Zuhörerschaft unter den militanten Streikposten erworben.

Man vergleiche dies mit der Bilanz anderer weit größerer Gruppen der extremen Linken wie der Socialist Workers Party (Schwesterorganisation der SAG) oder der Schwesterorganisation der GIM, der International Marxist Group. Am Montag, dem 17. März, schickte die IMG über zwanzig Anhänger zur Ford Dagenham-Fabrik in London, um sich dort einer Streikpostenkette der Stahlarbeiter anzuschließen (wo Streikbrecherstahl aus Westdeutschland und den Niederlanden in den Ford-eigenen Docks entladen wird, was von der Führung der Transportarbeitergewerkschaft ignoriert wird). Aber andere Anhänger der IMG und der SWP haben tatsächlich *Streikpostenketten durchbrochen,* um zur Arbeit zu gehen! Und die Zeitung der IMG, *Socialist Challenge,* hat es fertiggebracht, ein Interview mit einem Arbeiter der Hadfields-Fabrik zu veröffentlichen, ebenfalls einem Streikbrecher, der die Streikpostenkette der Stahlarbeiter überschritten hat, um zur Arbeit zu gehen! Währenddessen hat der IMG-Führer Tariq Ali am 29. Februar in Birmingham mit dem Vorsitzenden des Polizeiverbandes der West Midlands diniert und dann mit ihm auf einer öffentlichen Veranstaltung eine ,.Debatte" abgehalten, mit einem Sprecher der gleichen Polizisten, die zehn Tage zuvor ein Streiklokal der Stahlarbeiter im Birmingham Labour Club überfallen haben.

Zwei Stahlarbeiter, die zur sowjetischen Botschaft in London gehen wollten, um nach Hilfe durch die osteuropäischen Gewerkschaften zu fragen, wurden in die Zentrale der ISTC (Eisen- und Stahlarbeiter-Gewerkschaft) beordert und aufgefordert, ihre Aktivitäten zu stoppen. Gleichzeitig weigern sich Sirs und Co., Streikgelder auszugeben, einschließlich des Geldes, das die IG Metall überwiesen hat. Andere britische Stahlarbeiter haben in der Bundesrepublik Geld zur Unterstützung des Streiks gesammelt, obwohl die nationale Führung der ISTC und die IG Metall-Spitze damit nicht einverstanden sind. Volle Solidarität mit den streikenden britischen Stahlarbeitern ist die Pflicht eines jeden westdeutschen Gewerkschafters. Finanzielle Hilfe ist wichtig, aber die zentrale Forderung muß sein: **Boykottiert alle Stahllieferungen nach Britannien während dieses Streiks!**

LONDON, 17. Februar — Die streikenden britischen Stahlarbeiter befinden sich heute in einer lebenswichtigen Klassenschlacht gegen die Tory-Regierung und die kapitalistische Klasse, der sie dient. Ihr Streik, der jetzt schon sieben Wochen andauert und noch an Militanz zunimmt, droht, eine explosive, die gesamte Klasse umfassende Offensive gegen jede antigewerkschaftliche und Sparpolitik der Tory-Regierung auszulösen. Das Ergebnis könnte für die gesellschaftliche und politische Situation in diesem Land auf Jahre hinaus bestimmend sein. Die Stahlarbeiter müssen ihn gewinnen!

Auf Seiten der herrschenden Klasse ist der Stahlstreik ein Testfall für Premierministerin Margaret Thatchers und Industrieminister Keith Josephs rechte Finanzpolitik. Josephismus bedeutet für 40 000 Arbeiter des verstaatlichten Unternehmens British Leyland und für mehr als 50 000 beim staatseigenen British Steel, daß sie auf den Müllhaufen befördert werden. Es bedeutet, die Arbeiter in noch tieferes Elend zu stürzen bei dem verzweifelten Versuch, die Profitabilität des bankrotten britischen Kapitalismus wiederherzustellen. Und hinter der irrigen Behauptung der Tories „nicht zu intervenieren", steht die geballte Faust des Staates der Bosse.

Fast 200 Streikposten sind im ganzen Land bereits verhaftet worden; einige sind brutal zusammengeschlagen worden. Die Telephone beim militanten Streikkomitee in Rotherham sind abgehört worden. Der Streik ist von gerichtlichen Verboten bedroht worden. Und als Antwort auf den Erfolg der fliegenden Streikposten, die von Rotherham und auch aus anderen Orten losgeschickt wurden, haben die Tories die Bestimmungen der vehement gewerkschaftsfeindlichen Prior Bill verschärft.

Dieser Streik ist ein Test für die Arbeiterklasse. Würden die Stahlarbeiter eine Niederlage erleiden, würde dies einen entscheidenden Rückschlag für die gesamte Klasse bedeuten und den Weg für eine beispiellose legale Knebelung gewerkschaftlicher Rechte bereiten. Aber der Sieg würde die Prior Bill in einen Fetzen Papier verwandeln und dem Klassenkampf einen riesigen Aufschwung geben. Thatcher erinnert sich sehr gut daran, daß Ted Heaths konservative Regierung 1974 gestürzt wurde, als sie versuchte, gegen die Gewerkschaften zu Felde zu ziehen. Ihre Regierung könnte die nächste sein.

Das Wort „Generalstreik" ist in aller Munde. Alle Voraussetzungen sind gegeben außer einer autoritativen revolutionären Führung der Arbeiterklasse. Die Lagerhalden, die von der Industrie den ganzen Herbst über und zu Beginn des Winters vorsorglich angelegt wurden, sind fast verschwunden. Der Verband der Britischen Industrie (CBI) hat davor gewarnt, daß das Land Ende des Monats „völlig zum Stillstand" kommen könnte. Inzwischen sind Arbeiter in anderen strategischen Industriesektoren schon zum Streik entschlossen. Die Hälfte von Londons Hafenarbeitern streiken bereits. Die Gewerkschaften, die 20 000 Arbeiter der Wasserwerke repräsentieren, haben ein 19-prozentiges Angebot der Unternehmensleitung abgelehnt und gedroht, ab 25. Februar in den Streik zu treten. Und sogar, als die Arbeiter von British Leyland (BL) in ihrer überwiegenden Mehrheit ein



Spartacist Britain

Stahlarbeiterdemonstration in Sheffield am 18. Februar

schimpfliches Angebot von fünf Prozent ablehnten, erklärte die Unternehmensleitung eine De-facto-Aussperrung für 40 000 Angestellte. Inzwischen weigert sich der Ajatollah von BL, Sir Michael Edwardes, hartnäckig, den entlassenen Vorsitzenden des Vertrauensleutekörpers von Longbridge, Derek Robinson, wiedereinzustellen.

Militante Stahlarbeiter haben den offensichtlichen Zusammenhang zwischen ihrem Kampf und dem bei Leyland erkannt. In den letzten anderthalb Wochen sind fliegende Streikposten in den Schlüsselbetrieb für Zulieferungen in Castle Bromwich entsandt worden, die — wenn sie dichtgemacht werden - bald das gesamte Unternehmen von BL in Mitleidenschaft ziehen würden. Doch die Gewerkschaftsbürokraten schwanken und zögern in der Hoffnung, jede Möglichkeit auf einen gemeinsamen Kampf mit den Stahlarbeitern - und sicherlich eines Generalstreiks — zu unterbinden.

Der Feind in den eigenen Reihen

Die Stahlarbeiter mußten enorme Hindernisse überwinden — ihre eigenen „Führer" waren nicht die geringsten — um soweit zu kommen, wie sie jetzt sind. Ein Streikposten aus Rotherham hat es gut ausgedrückt: „Der gefährlichste Gegner in diesem Streik ist nicht Margaret Thatcher, Keith Joseph oder das BSC Management. Es ist Bill Sirs." Die Streikenden sind neugierig darauf zu erfahren und sagen dies auch laut - wann der Generalsekretär der Eisen- und Stahlarbeitergewerkschaft (ISTC) für seine den Kapitalisten geleisteten Dienste in den Ritterstand erhoben wird — sie nennen ihn „Sir Sirs".

Der *einzige* Grund, warum es überhaupt zu einem effektiven Bestreiken durch fliegende Streikposten gekommen ist, ist die Tatsache, daß die militanten Streikkomitees Sirs' belfernden Anweisungen, damit aufzuhören, ignoriert haben. Während die Mitgliedschaft 20 Prozent ohne Abstriche fordert, versucht Sirs, einen „Kompromiß" weit darunter durchzuboxen und setzt sich für Produktivitätsabkommen ein, die noch mehr Arbeitsplätze wegrationalisieren sollen. Während die Streikenden von der Hand in den Mund von ihren mageren Ersparnissen leben, sitzen Sirs und nationale Bürokraten seines Schlages auf Millionen von Pfund in der ISTC-Kasse, ohne einen Pfennig an die Streikenden zu zahlen.

(Thatcher hat erneut gedroht, den Familien der Streikenden die Sozialversicherungsunterstützung zu kürzen, indem sie „beschließt", daß diese eine gewerkschaftliche Streikunterstützung erhalten haben - auch wenn das nicht der Fall ist!)

Sirs hat fünf Wochen abgewartet, ehe er die Arbeiter des privaten Sektors der Stahlindustrie zum Streik aufgefordert hat, dann hat er sich Lord Dennings richterlicher Entscheidung gebeugt, die diese Ausweitung des Streiks verbietet. *Nun* versuchte er, die Wiederaufnahme des Streiks zu verhindern, nachdem die Law Lords Dennings Entscheidung widerrufen hatten — nur um danach von seinem eigenen Vorstand einstimmig niedergestimmt zu werden. Nachdem er soviel Zeit vergeudet hatte, ehe er die Stahlkocher des privaten Sektors dazu aufrief, die Arbeit niederzulegen, wartete er nur ein paar Tage ab und versuchte dann, hinter dem Rücken der Arbeiter eine Rückkehr an die Arbeit bei Hadfields, einer großen privaten Firma in Sheffield zu arrangieren — ein so dreister Verrat, daß die ISTC-Mitglieder des Streikkomitees in Rotherham seine Entfernung von diesem Posten verlangten. Sirs gab dieses Mal schnell klein bei, aber er hat sich als Verräter erwiesen. Er kann sich auch nicht mehr in Süd-Yorkshire zeigen, ohne daß er von wütenden Arbeitern angeraunzt wird. Schmeißt ihn raus!

Und Bill Sirs ist nicht der einzige Verräter. Die Führer der „Craft and General Steel Workers" haben schändlicherweise versucht, ein separates Streikbrecherabkommen mit dem Management abzuschließen, welches die Arbeiter ablehnten, wobei sie die Notwendigkeit für eine einzige Industriegewerkschaft für die gesamte Stahlindustrie betont haben. Darüberhinaus kommen weiterhin riesige für die Stahlindustrie bestimmte Transporte ins Land, die dann im Land selbst oft mit der stillschweigenden Einwilligung der obersten Gewerkschaftsführer weiter befördert werden, trotz der frommen Versprechen zu Beginn des Streiks, daß die Stahlwerke boykottiert werden würden.

Jede Initiative, den Streik zum Generalstreik auszuweiten, ist vom TUC (Gewerkschaftsdachverband) erstickt worden. Er erzwang die Verschiebung des für den 21. Januar vorgesehenen totalen Waliser Generalstreiks auf März, wobei er zum Schein, und um in der Zwischenzeit Dampf abzulassen, eine eintägige Arbeitsniederlegung genehmigte. Seitdem hat der Verband verzweifelt gegen die erbosten walisischen Berg-, Stahl- und Eisenbahnarbeiter manövriert und versucht, den

regionalen Generalstreik ganz und gar zu verhindern.

Inzwischen führen seine Freunde auf den für Labour reservierten Bänken in Westminster eine Kampagne durch, nicht etwa für den Sieg des Stahlstreiks, sondern für eine Intervention der Regierung, um ihn zu beenden! Die Führer der Labour Party, Jim Callaghan und seine Bande, wollen neue Lohnleitlinien. Sie sind ja nicht einmal gegen die Prior Bill, sie wollen sie nur abändern. Tony Benn betet Callaghans Programm für neue Lohnleitlinien nach, während er gleichzeitig in den Chor von Sir Michael Edwardes und seinesgleichen mit einstimmt, der protektionistische Einfuhrbeschränkungen fordert.

Solche Einfuhrbeschränkungen werden *keine* Arbeitsplätze retten, sondern nur britische Arbeiter gegen ausländische Arbeiter ausspielen, während andere Regierungen mit ihren eigenen Embargos Vergeltung üben. Kapitalistische Importbeschränkungen sind eine Politik des Handelskrieges, die unvermeidlich zu einem tatsächlichen imperialistischen Krieg führt, und müssen unbedingt *bekämpft* werden. Es ist nicht im mindesten überraschend, daß diese Labour-Irreführer, die einen Protektionismus befürworten, sich auch der Kalten-Kriegs-Hetze der Eisernen Lady gegen die Sowjetunion unterordnen — in beiden Fällen erklären sie ihre Bereitschaft, die Arbeiter als imperialistisches Kanonenfutter zu offerieren.

Eine Partei, die wirklich für die Arbeiterklasse kämpft, würde gerade jetzt alle Anstrengungen unternehmen, um Unterstützung für die Stahlarbeiter zu mobilisieren, wobei sie die Angriffe der Tories denunzieren und die Tribüne des Parlaments ausnutzen würde, um den Generalstreik zu propagieren. Aber die schlappen Sozialdemokraten von Westminster, die rechten und die „linken" gleichermaßen, rühren nicht einen Finger zur Unterstützung der Stahlarbeiter. Dies ist kaum erstaunlich, da sie ja vor nur einem Jahr selbst auf der Regierungsbank saßen, von wo aus sie eine Lohnraubpolitik betrieben und versuchten, die militanten Streiks der kommunalen Arbeiter zu zerschlagen.

Die andere Seite der kapitalistischen Kampagne für Lohnraub und gewerkschaftliche Unterdrückung besteht in Panikmache gegen die „Roten" und in einer Hexenjagd gegen eine „trotzkistische Infiltration" der Labour Partei. Die rechte Presse wütet gegen den „Roten Robbo", Derek Robinson, führender Gewerkschafter der Kommunistischen Partei: „Der rote Robbo im Rückzug" *(Evening News,* 8. Februar), „Endstation für den roten Robbo"*(Evening News,* 24. Januar). Als bedeutendster Führer der Vertrauensleute im großen verstaatlichten Autounternehmen wurde Robinson im November letzten Jahres gefeuert, weil er sich Leylands Plan zur Vernichtung von Arbeitsplätzen widersetzt hatte. Für die herrschende Klasse ist die Verhinderung seiner Wiedereinstellung ganz eindeutig der Schlüssel dazu, den Einfluß der Linken in der Arbeiterbewegung zu brechen.

Zusammen mit der Kampagne gegen den KPler Robinson erhebt sich ein Geschrei und Gezeter über die „Trotzkisten" in der Labour Partei. Als der nationale Parteivorstand es ablehnte, Ted Heslin, einen Unterstützer der zentristischen Workers Socialist League, auszuschließen, tönte die rechte *Daily Mail* (24. Januar) auf der ersten Seite: „Sieg für den Roten Ted". Dann gibt es die unaufhörliche Hexenjagd gegen Ted Grants Militant-Gruppe, Labours „Haus-Marxisten", die jahrelang loyal die Organisation der offiziellen Jungsozialisten verwaltet haben. Als fade viktorianische Karikatur auf den Marxismus ist Grants Militant-Gruppe dem Labourismus gegenüber völlig loyal. Der arme alte Ted Grant würde versuchen, die Labour Partei noch drei Jahrzehnte lang nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats zu erhalten.

Eine Strategie für den Sieg

Stahlarbeiter! Laßt Euch Euren Streik nicht von diesen Verrätern sabotieren nach so vielen Wochen erbitterten Kampfes und so vieler Opfer! Hier sind die Schlüsselelemente einer Strategie, die zum Sieg führt: *Für den massenhaften Einsatz von Streikposten, um jede Stahlproduktion und jeden Transport zu verhindern!* Wie ein Streikposten außerhalb von Sheerness es formulierte, sollten die Gewerkschaften anstatt Massenversammlungen auf der Straße lieber „Massenversammlungen" vor den Fabriktoren organisieren und mit Streikbrechern fertig werden. Bis vor kurzem sind praktisch alle fliegenden Streikposten von Süd-Yorkshire aus organisiert worden; bis zu 2 000 Arbeiter umzingelten Hadfields am 14. Februar, selten waren es 200 am gleichen Ort. Laßt alle Gewerkschafter und Streikunterstützer an den Streikpostenketten teilnehmen, wie das schon in Schottland der Fall war! Der effektive massenhafte Einsatz von Streikposten für einen Tag hat die Fabrik in Hadfields dicht gemacht. Der führende „linke" Bergarbeiterführer von Yorkshire, Arthur Scargill, ist mit mehreren hundert Bergarbeitern nach Hadfields gekommen, um die Streikposten zu verstärken. Fein. Aber früher hat er die fortgesetzte Handhabung mit Stahl durch Bergarbeiter von Yorkshire gebilligt und sogar den Transport von Stahl von Grube zu Grube. Warum ruft „King Arthur" nicht alle Bergarbeiter von Yorkshire zu unbegrenzten Streikaktionen heraus! Zehntausende von Bergarbeitern sollen sich den fliegenden Streikposten anschließen! Massendelegationen von Streikenden sollten zu den Fabriken von Ford und BL und anderen wichtigen weiterverarbeitenden Betrieben entsandt werden, um die Arbeiter dort aufzufordern, nicht nur die Handhabung von Stahl zu stoppen, sondern sich dem Streik anzuschließen.

Kein Lohn, kein Stahl! Nicht einen Pfennig weniger als 20 Prozent ohne Abstriche und Produktivitätsabkommen. Wie ein walisischer Streikender sagte: „Ich will nicht zur Arbeit zurückkehren und dann die Arbeit von zwei Leuten für weniger Geld tun". Alle Lohnerhöhungen müssen rückwirkend vom ersten Streiktag an gezahlt werden. Aber 20 Prozent sind fast nichts für die 52 000 Arbeiter, die von Massenentlassungen bei BSC bedroht sind. 20 Prozent werden auch nichts daran ändern, daß Wales durch die Industriepolitik der Regierung verwüstet wird. Eine offizielle Streikforderung muß sein: *Keine Entlassungen! Kein einziger Arbeitsplatz darf verloren gehen!*

Fordert den TUC auf, sofort einen nationalen Generalstreik auszurufen, um die Offensive der Tories und der Unternehmer zu zerschlagen! Natürlich darf man kein Vertrauen in Murray und seinesgleichen bei der Führung eines solchen Kampfes setzen, aber der TUC ist die einzige Organisation mit genügend Autorität, um gerade zum jetzigen Zeitpunkt einen Generalstreik auszurufen. Doch sie werden ihn nur dann ausrufen, wenn der Druck der Mitgliedschaft sie dazu zwingt und dann werden sie alles in ihrer Macht stehende tun, um ihn zu verraten.

Laßt das nicht zu! *Für gemeinsame koordinierte regionale und nationale Streikkomitees!* Die Stahlstreikkomitees in den verschiedenen Regionen müssen auf nationaler Ebene miteinander verbunden werden; die Delegierten müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein durch regelmäßige Massenversammlungen, um eine vollständige Kontrolle der Mitgliedschaft über jede Entwicklung des Streiks und die Verhandlungen zu sichern. Fordert eine Konferenz der gewählten Delegierten aller regionalen Komitees, um ein nationales Streikkomitee zu wählen!

Jeder Sektor der Gewerkschaftsbewegung, der noch ausstehende Forderungen hat oder der von den Stahlentlassun-

gen (wie die Bergarbeiter) betroffen ist, muß sich *jetzt* dem Streik anschließen. Leyland-Arbeiter: Wartet nicht auf die Entlassungen! Die Stahlstreikkomitees müssen sich mit anderen Streikkomitees, Vertrauensleuten, lokalen Gewerkschaftsräten und anderen geeigneten Körperschaften zusammensetzen, um ihre Aktivitäten zu koordinieren. Wahrend gemeinsame Komitees aller streikenden Gewerkschaften sowohl für einen Generalstreik kämpfen als auch während eines solchen, könnten sie den effektiven Einsatz von Streikposten und Verteidigungstrupps gegen Streikbrecher organisieren und die Verteilung von Lebensmitteln, Medikamenten und anderen für die Arbeiter lebenswichtigen Versorgungsgütern kontrollieren.

Der Stahlstreik ist nicht einfach ein „normaler“ gewerkschaftlicher Kampf, sondern eine gesellschaftliche und politische Konfrontation ersten Ranges, die direkt die Existenz der Tory-Regierung bedroht. Militante müssen fordern, daß der Generalstreik Ziele aufgreift, die die Interessen der gesamten Arbeiterklasse und der Unterdrückten gegen die massiven Angriffe der Regierung und der Unternehmer verteidigen:

Macht die Massenentlassungen rückgängig - rettet die Arbeitsplätze bei BL und BSC! Für die Aufteilung der Arbeit bei vollem Lohnausgleich! Für Betriebsbesetzungen gegen Schließungen!

Für eine gleitende Skala der Löhne und der Renten, gestützt auf jede prozentuale Erhöhung der Lebenshaltungskosten und verbunden mit sofortigen Erhöhungen für alle.

Macht die Kürzungen bei den Sozialleistungen und im Ausbildungsbereich rückgängig — die der Labour Partei als auch die der Tories! *Nein zum Protektionismus und zu den rassistischen Immigrationsbeschränkungen! Nieder mit dem Antiabtreibungs (Corrie)gesetz!*

Verteidigt die Arbeiterorganisationen! Begrabt die Prior Bill! Schluß mit der Verfolgung von Gewerkschaftsmilitanten — für die Wiedereinstellung von Derek Robinson als Vorsitzenden des BL-Vertrauensleutekörpers von Longbridge!

Revolutionäre Führung und der Kampf um die Macht

Aber der Generalstreik — ganz gleich was seine unmittel- , baren Forderungen sein mögen — stellt auch *die Machtfrage.* Die gewählten Streikkomitees, die notwendig sind, um den Sieg gegen die Sabotageversuche der Bürokratie zu sichern, könnten wie die Aktionsräte von 1926 zum Brennpunkt der Doppelherrschaft werden. In einer Situation des Generalstreiks wären sie gezwungen, lebenswichtige Funktionen des Staates wie die Durchführung von wichtigen Dienstleistungen und die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Arbeitervierteln zu übernehmen.

Angesichts der Bande der Klassenverräter, die gegenwärtig an der Spitze der Arbeiterbewegung stehen, und des Fehlens einer revolutionären Massenalternative ist klar, daß ein Generalstreik heute nicht direkt zur Eroberung der Macht durch die Arbeiter führen kann. Aber es könnte gelingen, begrenzte Ziele durchzusetzen und dadurch den Weg zu einer vorrevolutionären Situation zu ebnen, wenn die Reformisten eindeutig als Lakaien der Kapitalisten entlarvt werden können und die militantesten Streikenden dazu kommen, die Notwendigkeit für den revolutionären Sturz des Kapitalismus zu erkennen. Wie Leo Trotzki während des Generalstreiks 1926 schrieb:

> „Dies beinhaltet jedoch keineswegs, daß der jetzige Streik nur vor der Alternative alles oder nichts steht... Je weiter er sich entwickelt, je gewaltiger er an den Fundamenten des Kapitalismus rüttelt, je entschlossener er die ver räterischen und opportunistischen Führer abschüttelt, desto schwerer wird es die bürgerliche Reaktion haben, zur Gegenoffensive überzugehen, um so weniger werden die proletarischen Organisationen leiden, um so eher werden wir die nächste entscheidendere Etappe des Kampfes erreichen“.

Alle reformistischen Bürokraten und Scharlatane haben ihre eigenen Lieblingspläne, um dem niedergehenden britischen Kapitalismus wieder auf die Beine zu helfen. Und Pseudorevolutionäre laufen ihnen hinterher, allesamt unwillig und unfähig, dem Proletariat den Weg zu weisen, die kapitalistische Klasse zu bekämpfen und zu besiegen. Die . Kommunistische Partei hat genügend Gewicht in Schlüsselsektoren der Arbeiterklasse, um Teile der Gewerkschaftsbewegung, die Hunderttausende zählen — Autoarbeiter, Bergarbeiter — an der Seite der Stahlarbeiter in den Streik zu ziehen. Doch angesichts der 40 000, die von Entlassungen bei Leyland bedroht sind, und der Tatsache, daß der KPler Robinson noch draußen vor den Fabriktoren steht, macht sie ihren Einfluß geltend, um Tony Benns chauvinistischen Protektionismus nachzubeten, die leeren Kampagnen des TUC gegen Lohnkürzungen anzupreisen und (wie in Ford Dagenham) wegzuschauen, wenn Streikbrecherstahl heimlich in die Fabriken gebracht wird.

Ebenso wie die KP weigert sich auch die Socialist Workers Party (Schwesterorganisation der SAG), deren Leitartikel im *Socialist Worker* (9. Februar) großartig ankündigt, daß der „Abwehrkampf' mit dem vom TUC initiierten Ausflug gegen Kürzungen am Sonntag, den 9. März, „beginnen“ kann! *Und die Real Steel News* der SWP hat eigentlich wenig außer der Forderung nach 20 Prozent mehr Lohn als Ziel des Streiks zu bieten — außer daß sie in den Chor nach Importeinschränkungen einstimmt. Die zentristische International Marxist Group (Schwesterorganisation der GIM) hat sich schließlich entschlossen, mehrere Wochen, nachdem militante Stahlarbeiter schon zu streiken begonnen hatten, zum Generalstreik aufzurufen — aber sicherheitshalber verlegt sie die Forderung dazu in die Mitte des März; sie stellt sie nicht für heute und jetzt auf.

Die Probleme der Arbeiterklasse werden nicht dadurch gelöst, daß man Callaghan/Benn wieder zurück auf die Bänke im Westminster bringt, wie alle Arbeiterverräter zu beweisen versuchen. Die Kapitalisten verwüsten das Land: sie machen Fabriken dicht, schicken Millionen Arbeiter in die Reihen der Arbeitslosen, verschwenden Leben und zerstören wertvolle Produktivkräfte im Namen des Profits. Nur die sozialistische Revolution im Kampf für eine Arbeiterregierung kann eine rational geplante Wirtschaft schaffen und den britischen Arbeitern eine Zukunft weisen.

In dem fast zwei Monate andauernden Kampf haben die Stahlarbeiter den rechten bürokratischen Tradeunionismus ihrer Irreführer schnell überholt. Sie haben ihre Bereitschaft zum Kampf demonstriert. Aber Militanz allein ist nicht genug. Sie stehen gegen die gesamte Kapitalistenklasse und ihren Staat und sie brauchen eine Waffe, um gegen diesen Feind in den Kampf zu ziehen — ein Programm zur Einigung der Arbeiterklasse im Kampf und eine Führung, die mit dem sozialdemokratischen Labourismus bricht, um einen revolutionären Ausweg aus dem extremen gesellschaftlichen Niedergang und der Krise des britischen Kapitalismus zu weisen. Dann werden sie auf „die nächste, entscheidendere Etappe des Kampfes“ vorbereitet sein.

Sieg im Stahlstreik – Sofortiger Generalstreik! Nicht Sirs, Callaghan, Scargill oder Benn – Für eine revolutionäre Führung der Arbeiterbewegung! Vorwärts zu einer Arbeiterregierung, die die Kapitalistenklasse enteignet!

Kommunistische Korrespondenz





Sheerness, 20. Februar: Polizei gegen Streikposten

Für einen Generalstreik in Britannien!

Sieg dem Stahlstreik!

Mehr als fünf Wochen bitteren Kampfes sind vergangen, seit dieser nachstehend abgedruckte Artikel zuerst als *Spartacist Britain*-Extrablatt veröffentlicht wurde. „Die Zeiten machen die Leute zäh", sagte ein Streikender, „sie wußten nicht, worum es geht — sie dachten, es geht um den Lohn. Jetzt wissen wir, daß es nicht allein darum geht. Wenn wir diesen Streik verlieren, ist die Gewerkschaftsbewegung erledigt".

Eine Woche nachdem es durch die erfolgreiche, massenhafte Organisierung von Streikposten gelungen war, das private Stahlwerk von Hadfields stillzulegen, hat es mehrere Rückschläge gegeben. 2 000 Streikposten, desorganisiert und führungslos, vermochten es nicht, ein anderes privates Stahlwerk in Sheerness in der Nähe Londons dichtzumachen; Autoarbeiter von British Leyland (BL) in Longbridge stimmten dagegen, für die Wiedereinstellung des KP-Vertrauensmanns Derek Robinson in den Streik zu treten, und die walisischen Bergarbeiter stimmten dagegen, gemeinsam mit den Stahlarbeitern zu streiken. Nicht Mangel an Militanz, oder „ein neuer Sinn für Realität an der Basis", wie die bürgerliche Presse behauptete, haben diese Rückschläge verursacht, sondern der Verrat der Gewerkschaftsbürokratie. Als das Management der British Steel Corporation (BSC) eine Abstimmung über den Streik zu organisieren versuchte, marschierten 2 000 Stahlarbeiter am 4. März durch die Straßen von Sheffield und riefen:„ Was wollen wir? 20 Prozent! Wie kriegen wir sie? Durch den Generalstreik!" Sie stürmten und besetzten die regionale BSC-Zentrale, warfen die Abstimmungszettel aus dem Fenster und verbrannten sie auf der Straße.

Neue Verhandlungen Mitte März brachen zusammen, nachdem die Gewerkschaftsführer einen „vernünftigen Kompromiß" zu finden versucht hatten, von dem sie hofften, daß er durch die Mitgliedschaft akzeptiert werden würde. Der oberste Stahlgewerkschaftsbürokrat, Bill Sirs, gab in seiner Gewerkschaftszeitung zu, daß „praktisch alle wichtigen Prinzipien, deren Aufgabe das Unternehmen gefordert hatte, preisgegeben wurden". Kein Wunder, daß die Warringtoner Stahlarbeiter eine Plakette mit der Aufschrift „Sirs, tritt zurück — tu uns allen einen Gefallen!" herstellten.

Es ist kein Zufall, daß die Intervention unserer Genossen der Spartacist League trotz ihrer bescheidenen Ressourcen und begrenzten Geschichte als organisierte Tendenz in Britannien auf beträchtliche Resonanz unter Streikenden ge-

Fortgesetzt auf Seite 20